

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

23. JAHRGANG

AUGUST 1970

8

INHALT

Seite

Ernteaussichten für 1970	159
Struktur der Schweinehaltung 1969	163
Hochbautätigkeit im Jahre 1969	165
Struktur und Finanzierung von Sozialwohnungen 1969	172
Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1969	175
Öffentliche Jugendhilfe 1969	178
 Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	 57*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	63*



HERAUSGEBER
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

GEHALTS- UND LOHNSTRUKTUR IM ÖFFENTLICHEN DIENST

IM SEPTEMBER 1968



Personalpolitische, beamtenrechtliche und tarifpolitische Belange sowie Fragen im Zusammenhang mit dem Nachwuchsbedarf im öffentlichen Dienst machten es zwingend erforderlich, neben Kenntnissen über die Personalstruktur auch Unterlagen über die Verdienste der Beamten, Angestellten und Arbeiter in diesem Bereich bereitzustellen. Deshalb wurde in Verbindung mit einer auf den Stichtag 2. Oktober 1968 abgestellten umfassenden Personalstrukturhebung für den Monat September 1968 eine Gehalts- und Lohnstrukturhebung im öffentlichen Dienst durchgeführt, deren Ergebnisse jetzt vorgelegt werden. Der Bericht enthält neben einer eingehenden Erläuterung der Begriffe weitgehend gegliederte Tabellen, wobei als wichtigste Gliederungsmerkmale

Dienstverhältnis
Besoldungs-, Vergütungs- und Leistungsgruppen
Art der Körperschaft (als Dienstherr)
und soziologische Merkmale wie Familienstand
Alter
Geschlecht

fungieren. Die Ergebnisse geben Aufschluß über die Verdienstsituation im öffentlichen Dienst im Erhebungsmonat und lassen Vergleiche mit den Arbeitseinkommen in anderen Wirtschaftsbereichen zu.

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| - = nichts vorhanden | Ø = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

Für den eiligen Leser

Ernteaussichten 1970

Seite 159

Die diesjährige Getreideernte wird überdurchschnittlich und nur geringfügig kleiner ausfallen als 1969. Beim Rauhfutter erbrachte der erste Schnitt nur unterdurchschnittliche Flächenleistungen, während die günstigen Witterungsbedingungen im Juni und Juli für die Hackfrüchte zumindest mittlere Hektarerträge erwarten lassen. Angesichts des günstigen Blüteverlaufs und des Traubenansatzes, der in 86% der Weinbaugemeinden als gut angesehen wurde, kann die Weinmosternte 5 Mill. hl weit überschreiten. Kirschen und Beerenobst verzeichnen Erträge, die um 15 bis 25% über denen von 1969 liegen. Auch die späteren Steinobstarten und das Kernobst werden gute Baumerträge erbringen. Gleiches gilt für die Gemüsearten, die ebenfalls höhere Erträge als im Vorjahr liefern.

Schweinehaltung 1969

Seite 163

Von 1967 bis 1969 hat sich die Konzentrationstendenz bei den Schweinehaltungen fortgesetzt. Die Zahl der Haltungen mit Beständen bis zu 49 Schweinen verringerte sich um 19 600, Betriebe mit 50 und mehr Tieren gab es dagegen 437 mehr als 1967. In diesen befindet sich jetzt über ein Viertel des Schweinebestandes. Mit den wachsenden Bestandsgrößen setzte sich die Verlagerung auf flächenstärkere Betriebe fort. So reduzierte sich die Zahl der Schweinehaltungen unter 20 ha LN um mehr als 20 000, während es an solchen mit größerer Nutzfläche jetzt rund 1 100 mehr gab als vor zwei Jahren.

Hochbautätigkeit 1969

Seite 165

Das gesamte Wohnungsbauergebnis belief sich 1969 auf 26 608 Wohnungen. Es lag damit um 2,7% unter dem Vorjaheresergebnis. In den 13 025 neu errichteten Wohngebäuden befanden sich 24 246 Wohnungen, 38,7% davon in Mehrfamilienhäusern. Letztere hatten eine durchschnittliche Wohnfläche von 68,7 qm, in Ein- und Zweifamilienhäusern betrug der entsprechende Wert 105,4 qm. An reinen Baukosten je Wohnung wurden in den beiden Gebäudetypen 38 000 bzw. 70 000 DM veranschlagt. Mit 70% der erstellten Wohnungen hatten die privaten Haushalte das stärkste Gewicht unter den Bauherren. Die Wohnungen mit fünf und mehr Räumen stellten inzwischen 51,4% des Fertigstellungsergebnisses. Während mittlerweile alle Neubauwohnungen mit einem Bad ausgestattet sind, hatten rund 85% Zentralheizung.

Sozialer Wohnungsbau 1969

Seite 172

Insgesamt wurden 1969 Bewilligungsbescheide für 4 328 Sozialwohnungen erteilt, zu 45% für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern. Die Summe der Finanzierungsmittel wurde auf 349 Mill. DM veranschlagt. Davon entfielen auf die öffentliche Hand 25%, auf Kapitalmarktmittel 39% und auf sonstige Mittel 128 Mill. DM (37%). Die Durchschnittswohnung umfaßte 4,9 Räume mit einer Wohnfläche von 85 qm. Im Rahmen des zweiten Förderungsweges wurden 2 135 Wohnungen gefördert.

Tiefbauaufträge 1969

Seite 175

Im Jahre 1969 wurden von der öffentlichen Hand Tiefbauaufträge im Werte von 921 Mill. DM vergeben. Rund 60% des Wertes entfielen auf Straßenbauten, knapp 14% auf Straßenbrückenbauten, 2% auf Tiefbauten an Bundeswasserstraßen, 10% auf wasserwirtschaftliche Tiefbauten, 15% auf sonstige Tiefbauten. Bei den Bauherren liegt der Bund mit einem Anteil von 62% an der Gesamtsumme deutlich an der Spitze, gefolgt von den Gemeinden mit 23% und dem Land mit 8%. Die 128 Aufträge mit einem Auftragsvolumen von mehr als 1 Mill. DM vereinigten 52% der gesamten Vergabesumme auf sich.

Öffentliche Jugendhilfe 1969

Seite 178

Der finanzielle Aufwand der öffentlichen Jugendhilfe belief sich 1969 auf über 47,6 Mill. DM, davon 31 Mill. DM für Maßnahmen innerhalb von Anstalten. Er ist um fast 6 Mill. DM höher als im Vorjahre. Rund 30 000 Kinder standen unter Pflegeaufsicht und fast ebenso viele unter Amtsvormundschaft. Durch die freiwillige Erziehungshilfe wurden etwa 1 300 Minderjährige betreut, und in endgültiger Fürsorgeerziehung befanden sich rund 1 250 Personen. Die Zahl der Einrichtungen nahm um 49 auf 4 281 zu. Etwa 78% waren Einrichtungen der freien Jugendhilfe und 20% wurden von der öffentlichen Hand unterhalten. Zugenommen hat vor allem die Zahl der Kindergärten.

Kurz und aktuell

Ackernutzung 1970

Als Ackerland wurden in diesem Jahr rund 543 900 ha genutzt. Der Getreideanbau nahm seit 1969 um 1 400 ha auf nunmehr 376 000 ha zu. Vor allem Winterroggen, Winter- und Sommergerste verzeichneten eine Ausdehnung ihrer Flächen, während sich bei Weizen leichte Einschränkungen ergaben. Bei Hackfrüchten war ein verstärkter Anbau von Kartoffeln (+ 2 700 ha) und Zuckerrüben (+ 600 ha) festzustellen; Runkel- und Kohlrüben wurden weiter reduziert. Futterpflanzen beanspruchten rund 41 800 ha und gingen damit, wie schon seit Jahren, erneut beachtlich zurück (— 6 300 ha).

Tuberkulose 1970

Anfang 1970 waren insgesamt 12 155 Personen an aktiver Tuberkulose erkrankt, 7% weniger als 1969. Damit hat sich das seit über einem Jahrzehnt festzustellende kontinuierliche Absinken des Krankenstandes fortgesetzt. Unter den tuberkulösen Erkrankungsarten ist die Tuberkulose der Atmungsorgane mit etwa 80% aller Fälle am häufigsten. Von den 9 785 hieran Erkrankten litten 3 003 an ansteckungsfähiger offener Lungentuberkulose.

Die Zugänge an aktiver Tuberkulose beliefen sich 1969 auf 2 829 Fälle, rund 10% weniger als im vergangenen Jahr. Von 100 000 Einwohnern erkrankten während des Berichtsjahres 77 Personen. Das starke zahlenmäßige Übergewicht der männlichen Erkrankten gegenüber tuberkulösen Frauen wird deutlich durch das Verhältnis 1,9 zu 1 im Krankenstand und 1,7 zu 1 bei den Zugängen.

Fortsetzung letzte Seite

STATISTISCHE MONATSHEFTE

RHEINLAND-PFALZ

23. Jahrgang

Heft 8

August 1970

Ernteaussichten für 1970

1. Witterungsverlauf

Zu Beginn der letzten Novemberwoche 1969, als vielfach die Herbstbestellung noch nicht abgeschlossen war, setzte mit kaltem Wetter und Schneefall ein früher Winter ein, welcher als besonders schneereich und langanhaltend bezeichnet werden darf. Strengere Frostperioden traten jedoch nur selten auf. In der ersten Februardekade 1970 herrschte bereits recht mildes Wetter, das frühblühende Pflanzen zum ersten Wachstum anregte. Während des zweiten Monatsdrittels trat dann jedoch wieder Frostwetter mit starken Schneefällen ein, das in der dritten Dekade durch Tauwetter, begleitet von ergiebigen Regenfällen, abgelöst wurde. Der feuchte Boden konnte die Wassermassen nicht mehr aufnehmen, so daß ein Großteil an der Oberfläche abfloß, was zu seit Jahren nicht mehr beobachteten Überschwemmungen führte, die in den Flußniederungen unermessliche Schäden an Acker- und Grünlandflächen hervorriefen. Gegen Monatsende kam mit sinkenden Luft- und Bodentemperaturen das Pflanzenwachstum wieder vollständig zum Erliegen.

In der ersten Märzhälfte hielt das naßkalte Wetter weiterhin an, es bildete sich eine Schneedecke, die in Tallagen 10 bis 20 cm, in den rheinlandpfälzischen Höhengebieten sogar 30 bis 65 cm Höhe erreichte. Als um die Monatsmitte mildere Witterung eintrat, setzte das Pflanzenwachstum langsam wieder ein, ließ jedoch unter dem Einfluß sinkender Temperaturen in der letzten Märzwoche erneut nach. Die häufigen Kälterückfälle hatten bis zu diesem Zeitpunkt bereits eine zweieinhalbwöchige Wachstumsverspätung zur Folge. Auch in der ersten Hälfte des Monats April machte die Vegetation bei vorwiegend kaltem Wetter mit zeitweisem Schneefall und Temperaturen um den Gefrierpunkt nur wenig Fortschritte. Erst als nach der Monatsmitte die Temperaturen auf Werte um 10 Grad anstiegen, verlief die Entwicklung zügiger. Der gegenüber dem durchschnittlichen Ablauf verzeichnete Rückstand im Pflanzenwachstum hatte sich nunmehr auf nahezu drei Wochen vergrößert.

Nach einem kalten Aprilende gestaltete sich die Witterung während des Monats Mai und im Juni für das Wachstum der Kulturpflanzen bei ausreichender Bodenfeuchtigkeit und sommerlichen Temperaturen in der zweiten und dritten Junidekade

dann größtenteils vorteilhaft. Mitte Mai begann mit der Fliederblüte der Vollfrühling. Die im Wein- und Obstbau gefürchteten Spätfröste traten in diesem Jahr nicht in Erscheinung. Der durch das kühle Frühjahr bedingte mehrwöchige Wachstumsverzug war bis Ende Juni größtenteils aufgeholt. Im Juli herrschte im ganzen gesehen recht wechselhaftes Wetter. Nach anfänglich kühlen und regnerischen Tagen folgte bis zu Beginn der zweiten Monatsdekade vorwiegend Witterung hochsommerlichen Charakters mit vereinzelt Gewittern. Um die Monatsmitte war es regnerisch und für die Jahreszeit erheblich zu kühl. Erst nach dem 20. Juli brachte Hochdruckeinfluß wieder überwiegend sonnige und warme Tage. Insgesamt gesehen dürfte auch während dieser Zeit besonders das Wachstum der Hackfrüchte sowie die Kornausbildung beim Getreide günstig verlaufen sein.

2. Feldfrüchte und Futterpflanzen

Getreide

Infolge des verspäteten Vegetationsbeginns wurde der Wachstumsstand des Wintergetreides Anfang April, als in den Höhengebieten die Felder vielfach noch unter einer geschlossenen Schneedecke lagen, allgemein etwas schlechter als mittel und somit ähnlich wie im Jahre 1969 bewertet. Auswinterungsschäden sind nur im begrenzten Umfang aufgetreten. Die Aussaat der Sommergetreidearten erfolgte im wesentlichen erst in der zweiten und dritten Aprilwoche und damit nur etwas später als 1969, jedoch um gut zwei Wochen gegenüber Normaljahren zurück. Anfang Mai beurteilten die Berichtersteller den Saatenstand beim Wintergetreide eindeutig besser als im Vormonat, der Wachstumsrückstand blieb jedoch nach wie vor bestehen. In der letzten Maiwoche, zwei Wochen später als 1969, schoß das Sommergetreide, beim Wintergetreide setzte in den Tal- und Mittellagen das Ährenschieben ein. Der Wachstumsstand des Wintergetreides konnte sich im Mai weiter verbessern und zeigte Anfang Juni keine merklichen Unterschiede zu den Vorjahreswerten. Lediglich beim Sommergetreide blieben die Begutachtungsziffern aufgrund der späteren Aussaat deutlich unter denen von 1969. Im Juni und Juli verlief die Entwicklung bei ausreichenden Niederschlägen durchaus vorteilhaft. Ende Juni war der noch im Vormonat zu beobachtende Rückstand nahezu auf-

Wachstumstand von Feldfrüchten und Futterpflanzen
Anfang Juli 1968-1970

Fruchtart	1968	1969	1970
	Noten 1)		
Körnermais	2,8	3,0	2,8
Erbsen	2,2	2,2	2,4
Ackerbohnen	2,4	2,5	2,8
Wicken	2,5	2,4	3,0
Spätkartoffeln 2)	2,6	2,6	3,0
Zuckerrüben	2,4	2,4	2,6
Runkelrüben	2,7	2,8	3,1
Kohlrüben	3,0	2,9	3,2
Klee und Klee gras	2,6	2,7	2,9
Luzerne	2,6	2,8	2,7
Wiesen	2,7	2,7	3,0
Viehweiden	2,7	2,6	3,0
Tabak	2,9	2,8	2,8

1) 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering. -
2) Einschl. der mittelfrühen und mittelspäten Sorten.

geholt. Die kühlen Tage im Juli dürften die Kornausbildung eher fördernd als nachteilig beeinflusst haben. Abgesehen von vereinzelt Schäden als Folge von örtlich stärker aufgetretenen Gewittern ist bisher keine verbreitete Lagerung der Bestände aufgetreten, so daß auch von dieser Seite her alle Voraussetzungen für eine mittlere bis gute Ernte gegeben sind. In der letzten Juliwoche setzte mancherorts die Ernte der Wintergerste ein.

Nach einer ersten Vorschätzung der Berichterstatte Anfang Juli werden in diesem Jahre die Getreideerträge wieder über dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre liegen. Bei den Winterarten bewegen sich die Schätzungsergebnisse auf ähnlicher Höhe wie zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, beim Sommergetreide sind sie um 1 bis 2 dz niedriger. Unter der Annahme, daß die Witterung in den kommenden Wochen bis zur Ernte keine Extreme aufweisen wird, kann daher mit einer nur geringfügig kleineren Erntemenge gerechnet werden als 1969. Im einzelnen wurden für Winterweizen 36,9 dz je ha, Winterroggen 32,6 dz, Wintergerste 36,9 dz, Sommergerste 31,3 dz und für Hafer 29,0 dz geschätzt. Unter Zugrundelegung dieser Flächenleistungen wird sich die gesamte Getreideernte in Rheinland-Pfalz auf etwa 1,2 Mill. t belaufen. Die hier genannten Werte sind jedoch noch relativ unsicher, da zum Zeitpunkt der ersten Vorschätzung noch keine Druschergebnisse vorliegen und der zukünftige Witterungsablauf nicht einkalkuliert werden kann. Genauere Vorstellungen über die voraussichtliche Höhe der diesjährigen Getreideernte lassen sich erst aus den Anfang September vorliegenden Druschergebnissen der Besonderen Erntermittlung gewinnen. Die inzwischen vorliegenden Daten aus der zweiten Vorschätzung lassen jedoch weiterhin eine gute Ernte erwarten.

Futterpflanzen

Ähnlich wie bei den anderen Kulturpflanzen setzte das Wachstum der Futterpflanzen und des Dauergrünlandes rund drei Wochen später ein als normalerweise üblich. Die Mitte April herrschenden günstigeren Temperaturen ließen die Wiesen und Weiden rasch ergrünen und förderten das Wachstum der Futterpflanzen. Wenn auch die kühle

Witterung in der Folgezeit nicht günstig war, obwohl die Wärmeansprüche nicht so hoch sind wie bei anderen Arten, war eine reichliche Bodenfeuchtigkeit als Voraussetzung für gute Massenerträge vorhanden. Der Weideauftrieb erfolgte relativ spät, hauptsächlich in der ersten und zweiten Maidekade und lag damit noch um etwa 8 bis 10 Tage gegenüber 1969 zurück, als das Rindvieh hauptsächlich Anfang Mai auf die Weiden kam.

Anfang Juni erhielt der Wachstumstand der Wiesen und Weiden nur eine unbedeutend schlechtere Beurteilung als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, während für Klee, Klee gras und Luzerne eine ähnliche oder sogar etwas günstigere Bewertung gestellt wurde. In der zweiten Juniwoche setzte verbreitet die Heuernte ein. Bei warmem und überwiegend trockenem Hochsommerwetter konnte sie in den Tal- und mittleren Höhenlagen bis zu Beginn der dritten Junidekade weitgehend abgeschlossen werden. Lediglich in den Höhengebieten zog sie sich, bei nicht immer beständigem Wetter, bis zum Monatsende hin. Nach der Schätzung der Berichterstatte lieferten Wiesen im Mittel 45,5 dz Heu pro Hektar gegenüber 50,2 dz im Vorjahr und 46,6 dz im mehrjährigen Durchschnitt 1964/69. Offensichtlich hatte sich das zu kühle Frühjahr nachteilig auf die Entwicklung der Untergräser ausgewirkt, die einen erheblichen Anteil zur Gesamtmasse beitragen. Die Ackerfutterpflanzen Klee und Klee gras sowie Luzerne brachten dagegen mit 60,2 bzw. 63,3 dz je ha Flächenleistungen die über den vorjährigen und zum Teil beträchtlich über den im Sechsjahresdurchschnitt erzielten lagen. Für Klee und Klee gras belaufen sich die Vergleichswerte auf 60,0 bzw. 53,2 dz für Luzerne auf ebenfalls 60,0 bzw. 55,3 dz. Da jedoch die Wiesen den Großteil des gesamten Heuaufkommens stellen, blieb der Hektarertrag für alle Rohfutterarten zusammen mit 47,4 dz dennoch unter dem von 1969 (51,4 dz). Der Sechsjahresdurchschnitt

Ernteschätzung für Feldfrüchte und Futterpflanzen 1970

Fruchtart	Endgültiger Ertrag		Vorschätzung Anfang Juli 1970
	1964/69	1969	
	dz/ha		
Getreide	32,8	36,4	32,9
Brotgetreidearten	34,1	37,4	35,5
Winterweizen	37,0	39,5	36,9
Sommerweizen	32,5	35,9	32,3
Winterroggen	29,2	31,7	32,6
Sommerroggen	24,3	27,9	28,0
Wintermenggetreide	30,1	32,9	30,7
Futter- und Industriegetreidearten	31,4	35,2	30,6
Wintergerste	36,6	39,4	36,9
Sommergerste	32,6	35,7	31,3
Hafer	29,6	34,0	29,0
Sommermenggetreide	30,8	34,8	29,0
Frühkartoffeln	202,8	216,4	174,1
Winterraps	22,6	23,3	24,5
Sommerraps und Rüben	18,9	20,9	20,1
Rohfutter 1)	47,7	51,4	47,4
Klee und Klee gras	53,2	60,0	60,2
Luzerne	55,3	60,0	63,3
Wiesen	46,6	50,2	45,5
Ackerwiesen	46,4	51,9	49,9

1) Heuertrag des ersten Schnittes.

konnte gerade noch erreicht werden. Erläuternd ist jedoch zu bemerken, daß die Jahre 1968 (48,4 dz) und 1969 die bisher in Rheinland-Pfalz höchsten Hektarleistungen aufzuweisen hatten. Da die Heuwerbung im allgemeinen unter günstigen Witterungsbedingungen und vor allem auch zum richtigen Zeitpunkt erfolgen konnte, sind keine größeren Qualitätsverluste aufgetreten.

Die weitere Entwicklung des Grünlandes und der Futterpflanzen geriet vorübergehend als Folge der trockenen Periode im Juni etwas ins Stocken. Anfang Juli ist der Wachstumsstand mit Ausnahme von Luzerne, die etwas trockenheitsverträglicher ist, deutlich schlechter beurteilt worden, als im Vormonat und auch im Vorjahr. Die verbreiteten Niederschläge im weiteren Verlauf dieses Monats dürften jedoch diese kurze Wachstumshemmung wieder beseitigt haben, so daß für die weiteren Schnitte durchaus befriedigende Erträge erwartet werden können und eine ausreichende Versorgung mit wirtschaftseigenem Futter gewährleistet ist.

Hackfrüchte

Erst zu Beginn der dritten Aprildekade war der Boden auch in den mittelhohen Lagen soweit erwärmt, daß verbreitet mit dem Auspflanzen der Frühkartoffeln begonnen werden konnte. Dieser späte Pflanztermin mußte sich von vornherein auf die Ertragsaussichten negativ auswirken. Die kühle und feuchte Witterung Ende April behinderte außerdem das Auflaufen der Pflanzen ganz erheblich. Erst ab Anfang Mai gestaltete sich das Wachstum dann normal. Die Anfang Juli durchgeführte Vorschätzung blieb mit nur 174,1 dz je ha erheblich unter dem Ergebnis zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres mit 182,3 dz. Obwohl im weiteren Verlauf des Monats noch eine gewisse Verbesserung eingetreten sein dürfte, wird der Sechsjahresdurchschnitt nur noch schwerlich zu erreichen sein.

Zucker- und Runkelrüben sowie mittelfrühe und späte Kartoffelsorten kamen hauptsächlich erst Ende April sowie in der ersten und zweiten Maiwoche zur Bestellung, in den klimatisch begünstigteren Gebieten Rheinhessens und der Vorderpfalz entsprechend früher. Gegenüber Normaljahren bedeutete dies eine Verspätung bis zu drei Wochen. Bedingt durch die relativ hohe Bodenfeuchtigkeit, die nur eine langsame Erwärmung zuließ und durch zeitweise noch zu niedrige Lufttemperaturen ging das Auflaufen nicht immer zügig voran. So fiel, in erster Linie als Folge des Entwicklungsrückstandes, die Benotung des Wachstumsstandes Anfang Juni deutlich ungünstiger aus als vor Jahresfrist. Im weiteren Verlauf des Monats waren jedoch entscheidende Fortschritte zu beobachten, die in der Benotung zu Anfang Juli auch deutlich zum Ausdruck kamen. Der allgemeine Rückstand gegenüber dem Vorjahr blieb bis zu dieser Zeit jedoch noch sichtbar. Die erforderlichen Hackarbeiten konnten bei vorwiegend sommerlicher Witterung im Juni durchgeführt werden. Ausreichende Temperatur- und Niederschlagsverhältnisse ließen das Wachstum dann im Juli weiter zügig vorangehen, so daß Spätkartoffeln, Zucker- und Runkelrüben zumindest

noch durchschnittliche Flächenerträge erbringen werden. Die zu Anfang August durchgeführte Benotung des Wachstumsstandes konnte diese günstig verlaufene Entwicklung weitgehend bestätigen. Merkliche Unterschiede zu den Vorjahreswerten waren nicht mehr festzustellen.

3. Wein

Nach einem Winter, der keine größeren Frostschäden verursacht hatte, begann der Austrieb der Reben mit einer Verzögerung von zwei bis drei Wochen gegenüber Normaljahren verbreitet erst Ende der ersten Maidekade. In den letzten zwanzig Jahren lag dieser Termin nur 1956, 1962, 1963 und 1965 noch wenige Tage später. Begünstigt durch das zu dieser Zeit herrschende warme und trockene Wetter verlief der Austrieb jedoch recht zügig und

Wachstumsstand der Reben und Traubenansatz Ende Juli 1970

Weinbaugebiet	Wachstumsstand		Traubenansatz 1970		
	1969	1970	schlecht	mittel	gut
	Noten ¹⁾		% der eingegangenen Berichte		
Mittelrhein einschl. Lahn	2,2	2,0	-	28	72
Nahe (Koblenz)	2,3	2,0	-	16	84
Obermosel	2,2	1,9	-	10	90
Saar	2,2	2,1	-	28	72
Ruwer	1,9	2,2	-	38	62
Mittelmösel	2,1	1,9	-	17	83
Untermösel	2,3	2,0	-	21	79
Ahr	2,0	1,9	-	-	100
Worms	2,3	1,9	-	14	86
Oppenheim	2,5	1,6	-	-	100
Mainz	2,4	2,0	-	-	100
Ingelheim	2,5	1,9	-	-	100
Wiesbach	2,6	2,0	-	7	93
Bingen	2,4	2,0	-	23	77
Nahe (Rheinhessen)	2,5	1,6	-	-	100
Alzey	2,3	2,0	-	13	87
Mittelhaardt	2,2	1,7	-	-	100
Oberhaardt	2,2	1,8	-	5	95
Unterhaardt mit Zellertal	2,4	1,9	-	11	89
Nahe (Pfalz)	2,5	2,1	-	35	65
Rheinland-Pfalz	2,3	1,9	-	14	86

1) 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering.

wurde von weit über der Hälfte der Berichterstat-ter als gut bezeichnet. In den beiden vorangegan-genen Jahren gaben nur jeweils gut ein Viertel bzw. gut ein Drittel eine solche Benotung ab. Die Holzreife wurde aufgrund der günstigen Witterungsverhältnisse im Herbst 1969 ebenfalls ungleich besser beurteilt als in den beiden Jahren zuvor. Die weitere Entwicklung im Mai verlief durchaus po-sitiv, so daß der allgemeine Rebenstand gegen Ende dieses Monats mit der Note 2,4 eine nahezu ebenso gute Bewertung erfuhr wie 1969.

Auch im Juni blieb die Witterung für die Reben vorteilhaft. Der ursprüngliche Rückstand beim Aus-trieb war bis Monatsende weitgehend aufgeholt. Den Gescheinansatz sahen 85% der Berichterstat-ter als gut an, ein Wert, der in den letzten zehn Jahren nur zweimal, nämlich 1960 und 1964, noch etwas überschritten wurde. Im Zeichen hochsommerlicher Witterung setzte in den meisten Gebieten um den 20. Juni die Blüte der Reben ein, etwa zum glei-chen Zeitpunkt wie im Vorjahr. In fast der Hälfte der Berichtsgemeinden, vornehmlich in Rheinhessen und der Pfalz, vollzog sie sich innerhalb weniger

Tage. Lediglich in Nebenlagen dauerte sie infolge der Ende Juni eintretenden regnerischen und kühlen Witterung länger als zehn Tage. Insgesamt gesehen verlief die Blüte wesentlich erfolgversprechender als in den letzten beiden Jahren. Nennenswerte Verrieselungsschäden sind kaum aufgetreten. Ende Juli erhielt der Traubenansatz nahezu die gleiche Bewertung wie der Gescheinansatz im Monat zuvor, in 86% der Weinbaugemeinden des Landes sahen ihn die Berichterstatter als gut, in nur 14% als mittel an, gegenüber 38% bzw. 62% im vergangenen Jahr.

Obwohl zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Ertragsvorschätzungen durchgeführt werden können, lassen sich aus dem besonders günstigen Blütenverlauf sowie dem Ende Juli benoteten Traubenansatz, der deutliche Parallelen zu dem von 1960 und 1964 aufweist, und nicht zuletzt auch aus dem besonders guten allgemeinen Rebenstand gewisse Schlüsse auf die voraussichtliche Höhe der diesjährigen Weinmosternte ziehen. Nach dem derzeitigen Stand und bei weiterhin günstigem Witterungsverlauf wird sie mit Sicherheit in Rheinland-Pfalz die Grenze von 5 Mill. hl weit überschreiten. Für die Qualität des Mostes sind die kommenden Wochen von ausschlaggebender Bedeutung, wenn auch die vergangenen Monate bereits gute Voraussetzungen hierfür geschaffen haben.

4. Obst

Das zu kühle Frühjahr führte in allen Landesteilen zu einer Verspätung der Baumbüte bis in den Mai hinein. In der zweiten Maiwoche fand sie dann mit aufkommendem wärmerem Wetter spontan ihren Anfang. Zuerst blühten Aprikosen und Süßkirschen, etwa fünf Tage später Pfirsiche, Pflaumen, Sauerkirschen und Birnen. Um die Monatsmitte begann die Blüte der Apfelbäume, die in den

Hochlagen erst Anfang Juni zu Ende ging. Die sonnigen und warmen Tage während der ersten Maidekade begünstigten besonders die Blüte der frühen Steinobstarten. Auch die Äpfel blühten im wesentlichen unter guten Bedingungen Ende Mai zügig ab. Bei allen Stein- und Kernobstarten konnte ein reichlicher Fruchtansatz verzeichnet werden.

Mit Ausnahme der letzten Mai- und ersten Junitage gestaltete sich die Witterung für die weitere Entwicklung des Obstes und besonders die Reife der Kirschen und Beerenobstarten ausgesprochen vorteilhaft. Süßkirschen, deren Erntemenge bereits endgültig geschätzt wurde, erbrachten mit insgesamt 229 000 dz rund 30 000 dz mehr als im vergangenen Jahr. Bei Sauerkirschen betrug das Gesamtaufkommen rund 202 000 dz gegenüber 160 000 dz im Jahre 1969. Die durchschnittlichen Baumerträge liegen für beide Arten um rund 15 bis 25% über denen aus dem Vorjahr sowie dem Sechsjahresdurchschnitt 1964/1969. Auch Johannis- und Stachelbeeren hatten sämtlich überdurchschnittliche Erträge zu verzeichnen, die Vorjahreswerte konnten besonders bei Johannisbeeren beträchtlich überschritten werden. Bei Erdbeeren wurden im Landesmittel 87,0 dz pro ha geerntet gegenüber 77,1 dz 1969 und 67,1 dz im mehrjährigen Durchschnitt. Der gegenüber dem Vorjahr etwas eingeschränkte Anbau führte jedoch zu einer nur unwesentlich reichlicheren Gesamterntemenge.

Auch die übrigen Steinobstarten lassen ausnahmslos überdurchschnittliche Baumerträge erhoffen. Im einzelnen ergeben die bisher vorliegenden vorläufigen Schätzungen für Pflaumen und Zwetschen 23,3 kg, für Mirabellen und Renekloden 22,6 kg, für Aprikosen 24,0 kg und für Pfirsiche 17,5 kg. Mit Ausnahme von Pflaumen und Zwetschen mit einem nahezu ebenso hohen Gesamtertrag wie 1969 wird das Vorjahresaufkommen bei den übrigen Arten zum Teil bis um zwei Drittel übertroffen. Auch bei Birnen wird sowohl eine beachtlich über dem Durchschnitt der letzten Jahre als auch gegenüber 1969 höher liegende Gesamtmenge erwartet. Bei Äpfeln reift eine Ernte heran, die nach dem derzeitigen Stand höchstwahrscheinlich etwas über 1 Mill. dz hinausgeht. Sie bleibt damit zwar unter den Rekordernten der Jahre 1967 und 1969, bei dem reichlichen Angebot werden sich aber dennoch für den Herbst größere Absatzschwierigkeiten nicht vermeiden lassen. Von dem Gesamtaufkommen dürfte etwa ein Viertel aus Intensivanlagen stammen und als Qualitätsobst auf dem Markt erscheinen.

5. Gemüse

Ähnlich wie im vergangenen Jahr schuf der späte Vegetationsbeginn für die Winter- und Frühgemüsearten keine günstigen Anfangsbedingungen. Nach dem Anfang April erfolgten Auspflanzen der frühen Arten wirkte sich die zu kühle und feuchte Witterung hemmend auf das Wachstum der jungen Kulturen aus. Erst als ab Mai vorwiegend wärmeres Wetter einsetzte, konnte die weitere Entwicklung ungehindert verlaufen, so daß auch hier der noch im Mai vorhandene deutliche Wachstumsrück-

Ernteschätzung für Obst 1970

Obstart	Endgültiger Ertrag		Vor- schätzung im Juli 1970
	Ø	1969	
	1964/69		
kg je Baum			
Äpfel, Standort I ¹⁾	28 451	35 087	21 452
Äpfel, Standort II und III	33,8	35,4	28,7
Hoch- und Halbstämme	38,5	39,7	32,7
Viertelstämme und Buschbäume	21,5	24,2	17,7
Spindelbüsche, Spindeln u. Spaliere	13,6	16,0	12,2
Birnen	23,9	28,0	31,0
Hoch- und Halbstämme	29,9	32,3	36,9
Viertelstämme und Buschbäume	19,1	22,0	22,6
Spindeln und Spaliere	11,1	14,3	12,4
Kirschen	22,6	22,0	26,4 ²⁾
Süßkirschen	25,4	26,8	30,9 ²⁾
Sauerkirschen	19,8	18,0	22,7 ²⁾
Pflaumen und Zwetschen	22,3	25,9	23,3
Mirabellen und Renekloden	17,8	17,7	22,6
Aprikosen	15,3	16,2	24,0
Pfirsiche	12,6	10,8	17,5
Johannisbeeren (kg je Strauch)	2,6	2,3	3,0 ²⁾
rote und weiße	2,7	2,4	3,2 ²⁾
schwarze	2,2	2,2	2,3 ²⁾
Stachelbeeren (kg je Strauch)	2,7	2,7	3,0 ²⁾
Himbeeren (kg je qm)	1,6	1,8	2,0
Erdbeeren (dz je ha)	67,1	77,1	87,0 ²⁾

1) Gesamterntemenge in t. - 2) Endgültiger Ertrag.

Gemüseart	Endgültiger Ertrag		
	Ø	1969	1970 ¹⁾
	1964/69		
	dz/ha		
Adventswirsing	162,3	149,7	165,3
Winterkopfsalat	103,3	95,0	106,0
Winterspinat	137,9	153,7	154,6
Frühjahrsspinat	117,2	129,6	138,6
Frühweiskohl	245,2	284,2	286,3
Frührotkohl	226,3	263,6	266,9
Frühwirsing	188,4	219,9	214,6
Frühlumenkohl	146,6	164,8	189,6
Frühe Möhren u. Karotten	217,8	202,3	198,0
Frischerbsen	46,6	44,3	43,4
Dicke Bohnen	121,5	131,0	112,1
Frühkohlrabi	156,2	165,0	164,0
Frühjahrskopfsalat	145,7	157,0	175,7
Spargel	45,3	40,5	45,6
Rhabarber	256,6	270,1	265,8
Steckzwiebeln	240,8	260,9	254,0 ²⁾
Buschbohnen	82,2	92,7	96,8 ²⁾
Stangenbohnen	112,3	123,3	119,8 ²⁾
Einlegegurken	137,1	172,0	141,2 ²⁾
Schälgurken	169,6	230,7	225,3 ²⁾
Tomaten	296,5	368,3	268,7 ²⁾

1) Errechnet nach den Flächen der Erhebung über den beabsichtigten Gemüseanbau vom März 1970, für Rhabarber nach der Erhebung vom Juli 1969. - 2) Vorschätzung Mitte Juli 1970.

stand bis gegen Ende Juni weitgehend beseitigt war.

Die überwinterten Arten Adventswirsing, Winterkopfsalat und Winterspinat erbrachten mit 165,3 dz, 106,0 dz bzw. 154,6 dz sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch dem mehrjährigen Durchschnitt 1964/69 nur geringfügig höhere Hektarleistungen. Der bemerkenswerte Anstieg um rund 21 000 dz im Gesamtertrag von Winterspinat ist nahezu ausschließlich auf die enorme Flächenausweitung bei dieser Art zurückzuführen.

Die frühen Gemüsearten, für die bis Ende Juli bereits die endgültige Ernteschätzung vorlag, wiesen mit einigen Ausnahmen, bei denen jedoch keine größeren Abweichungen gegenüber den Vergleichsjahren festzustellen waren, ebenfalls günstigere Flächenleistungen auf als vor Jahresfrist und im sechsjährigen Mittel. Von den flächenmäßig bedeutendsten lieferte der Spargel 45,6 dz je ha bei 40,5 dz für 1969 und 45,3 dz im Durchschnitt der Jahre 1964/69. Die Gesamternte fiel mit 29 000 dz aufgrund einer geringeren Anbaufläche jedoch nur um 2 000 dz höher aus als 1969. Beim Frühjahrskopfsalat errechnet sich bei einem Hektarertrag von 175,7 dz gegenüber 157,0 bzw. 145,7 in den Vergleichszeiträumen ein Ernteaufkommen von knapp 40 000 dz. Sowohl unterdurchschnittlich als

auch etwas unter denen von 1969 blieben die Erträge bei frühen Möhren und Karotten (198,0 dz/ha). Da hier ebenfalls geringere Flächen bestellt worden waren, stand mit rund 28 000 dz eine um 6 000 dz niedrigere Gesamtmenge zur Verfügung.

Nach den Vorschätzungen der Berichtersteller werden sich für die im Laufe des Sommers zu erntenden Arten wie Bohnen, Steckzwiebeln, Gurken und Tomaten ausnahmslos überdurchschnittliche Erträge ergeben. Wenn auch die zur Zeit angenommenen Werte mehr oder weniger noch unter den endgültigen Ergebnissen des Vorjahres liegen, so läßt sich doch aus einem Vergleich mit den für Ende Juli 1969 ermittelten vorläufigen erkennen, daß bei anhaltend warmen und nicht zu trockenem Wetter das vorjährige Ertragsniveau für alle Arten, im besonderen jedoch bei Buschbohnen und Gurken beträchtlich übertroffen werden kann.

Beim Spätgemüse, dessen Wachstum bei ausreichender Bodenfeuchtigkeit und Wärme bisher ohne Stockungen vonstatten ging, fiel die Benotung des Wachstumsstandes wesentlich besser als mittel und damit ähnlich günstig wie 1969 aus. Einzelne

Wachstumsstand der späten Gemüsearten im Juli 1968-1970

Gemüseart	1968	1969	1970
	Noten 1)		
Mittelfrüher und Spätblumenkohl	2,1	2,3	2,3
Sommer- und Herbstkopfsalat	2,2	2,2	2,3
Späte Möhren und Karotten	2,4	2,4	2,3
Saatzwiebeln	2,0	2,3	2,3
Herbstweiskohl	2,5	2,5	2,5
Dauerweiskohl	2,5	2,5	2,6
Herbstrotkohl	2,3	2,6	2,4
Dauerrotkohl	2,3	2,3	2,4
Herbstwirsing	2,2	2,5	2,3
Dauer- einschl. Winterwirsing	2,3	2,6	2,4

1) 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering.

Arten, namentlich Herbstrotkohl und Herbstwirsing sowie Dauer- und Winterwirsing, erhielten sogar eine bessere Beurteilung, so daß hier, jedoch wieder unter der Bedingung eines in den nächsten Wochen günstigen Witterungsablaufs, mit guten Erträgen gerechnet werden darf. Konkrete Ertragsangaben können zur Zeit noch nicht gemacht werden, da bisher keinerlei Vorschätzungen erfolgt sind.

Diplom-Landwirt W. Laux

Struktur der Schweinehaltung 1969

1. Haltungsgrößen

Ebenso wie in den übrigen marktbedeutenden Produktionszweigen der tierischen Veredelungswirtschaft hat sich auch in der Schweinehaltung

der Trend zu größeren Bestandseinheiten fortgesetzt. Zugleich ging damit, zum Teil wohl bedingt durch den allgemeinen Wandel der Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft, eine neuerliche Verlagerung auf flächenstärkere Betriebe einher.

Schweinehaltungen nach Betriebsgrößenklassen und Verwaltungsbezirken im Dezember 1969

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Mit ... Schweinen					
	Halter	Schweine	Schweine je Halter	1 - 2	3 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 und mehr
Ahrweiler	1 747	8 531	4,9	1 221	267	131	56	44	28
Altenkirchen	1 922	15 357	8,0	821	312	365	236	155	33
Bad Kreuznach	3 813	31 298	8,2	1 410	846	735	470	281	71
Birkenfeld	1 969	25 558	13,0	473	387	385	338	310	76
Cochem-Zell	2 625	25 809	9,8	586	476	699	530	301	33
Koblenz ¹⁾	1 035	15 321	14,8	290	175	237	166	106	61
Mayen	3 103	58 427	18,8	851	541	486	451	471	303
Neuwied	1 927	14 895	7,7	779	448	374	190	98	38
Oberwesterwaldkreis	2 875	9 119	3,2	2 144	438	199	54	24	16
Rhein-Hunsrück-Kreis	4 656	53 972	11,6	916	782	1 150	1 019	692	97
Rhein-Lahn-Kreis	3 469	51 684	14,9	711	479	636	696	797	150
Unterwesterwaldkreis	1 271	5 468	4,3	866	200	113	51	30	11
Reg. Bez. Koblenz	30 412	315 439	10,4	11 068	5 351	5 510	4 257	3 309	917
Bernkastel-Wittlich	5 493	48 411	8,8	2 100	1 036	969	752	524	112
Bitburg	3 941	68 453	17,4	898	614	661	716	774	278
Daun	2 318	12 729	5,5	1 254	479	298	174	90	23
Prüm	3 193	25 098	7,9	1 298	607	541	417	282	48
Trier-Saarburg ²⁾	6 795	51 088	7,5	3 348	1 445	882	540	431	149
Reg. Bez. Trier	21 740	205 779	9,5	8 898	4 181	3 351	2 599	2 101	610
Alzey-Worms ³⁾	4 729	35 685	7,5	2 121	973	821	463	265	86
Bad Dürkheim ⁴⁾	2 691	14 733	5,5	1 613	473	299	182	102	22
Donnersbergkreis	2 821	31 474	11,2	1 021	507	494	414	281	104
Germersheim	3 356	18 341	5,5	2 055	642	354	167	97	41
Kaiserslautern ⁵⁾	1 708	18 632	10,9	585	297	323	261	180	62
Kusel	2 228	23 434	10,5	628	417	479	408	236	60
Landau-Bad Bergzabern ⁶⁾	4 260	20 035	4,7	2 627	796	459	220	118	40
Ludwigshafen ⁷⁾	2 145	14 743	6,9	1 089	391	340	190	106	29
Mainz-Bingen ⁸⁾	4 029	32 590	8,1	1 683	868	703	453	234	88
Pirmasens ⁹⁾	1 560	9 572	6,1	831	239	233	171	71	15
Zweibrücken ¹⁰⁾	1 163	17 475	15,0	254	165	217	257	223	47
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	30 690	236 714	7,7	14 507	5 768	4 722	3 186	1 913	594
Rheinland-Pfalz	82 842	757 932	9,1	34 473	15 300	13 583	10 042	7 323	2 121

Einschließlich der kreisfreien Stadt: 1) Koblenz, 2) Trier, 3) Worms, 4) Neustadt a. d. Weinstr., 5) Kaiserslautern, 6) Landau i. d. Pfalz, 7) Frankenthal, Ludwigshafen a. Rhein und Speyer, 8) Mainz, 9) Pirmasens, 10) Zweibrücken.

In den Ställen der Anfang Dezember 1969 in Rheinland-Pfalz insgesamt vorhandenen rund 82 800 Schweinehaltungen befanden sich bei zwei Fünfteln der Halter Bestände von lediglich einem oder zwei Schweinen. Gut ein Drittel verfügte über drei bis neun und nicht ganz ein Viertel über zehn oder mehr Tiere.

Obwohl seit der letzten Auszählung im Dezember 1967 um rund 7 600 (— 18%) auf 34 500 reduziert und damit absolut am stärksten zurückgegangen, bilden die meist der Selbstversorgung dienenden Kleinsthaltungen mit einem oder zwei Schweinen noch immer die zahlenmäßig größte Gruppe. In Wirklichkeit dürfte diese sogar noch größer sein, als es in der vorstehenden Zahl zum Ausdruck kommt, da die Selbstversorgungshaushalte vielfach

vor Eintritt der kalten Jahreszeit schlachten, demzufolge zur Zeit der allgemeinen Viehzählung Anfang Dezember keine Schweine mehr halten und mithin nicht erfaßt werden. Hierauf deuten auch der alljährliche Anstieg der Hausschlachtungen und der Rückgang in der Zahl der Schweinehalter in den Herbstmonaten hin. Auf diese Haltungen entfielen indessen nur noch 7,4% des Schweinebestandes gegenüber einem Anteil von 8,2% Ende 1967.

Aber auch die größeren Haltungen wurden von dem Rückgang berührt. So waren drei oder vier Tiere zählende Bestände nur noch in 15 300, solche in der Größe von fünf bis neun Stück in 13 600 Fällen anzutreffen. Gegenüber 1967 entspricht das einer Verminderung um rund 4 000 (— 21%) bzw. 4 300 (— 24%) Haltungen. Während bis 1967 noch

Betriebs- größenklasse	Insgesamt			Mit ... Schweinen					
	Halter	Schweine	Schweine je Halter	1 - 2	3 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 und mehr
unter 0,5 ha LN	10 103	29 226	2,9	8 045	1 250	479	199	91	39
0,5 - 2 " "	11 348	31 939	2,8	8 367	2 002	672	226	62	19
2 - 5 " "	17 718	63 181	3,6	10 200	4 397	2 236	652	202	31
5 - 10 " "	18 673	126 144	6,8	5 323	4 664	5 071	2 650	862	103
10 - 20 " "	18 314	288 009	15,7	2 058	2 521	4 228	4 816	3 903	788
20 - 50 " "	6 441	193 998	30,1	467	458	880	1 482	2 154	1 000
50 und mehr " "	245	25 435	103,8	13	8	17	17	49	141
Insgesamt	82 842	757 932	9,1	34 473	15 300	13 583	10 042	7 323	2 121
dagegen 1967	102 000	821 951	8,1	42 042	19 265	17 874	12 839	8 296	1 684

die Zahl der Betriebe mit zehn und mehr Tieren eine Anstiegstendenz zeigte, erfaßte der Rückgang jetzt erstmals auch diesen Bereich. So verringerte sich die Zahl der Haltungen mit zehn bis 19 Tieren um rund 2 800 (— 22%) auf 10 000 und die mit 20 bis 49 um annähernd 1 000 (— 12%) auf 7 300. Insgesamt sind damit seit Ende 1967 rund 12 000 Bestandseinheiten aus diesen Größenklassen ausgeschieden. Der auf die verbliebenen Betriebe dieser Gruppe entfallende Anteil am Schweinebestand ging dabei von 73,1% auf jetzt nur noch 65,2% zurück. Im gleichen Zuge hat sich die Zahl der Betriebe mit 50 und mehr Schweinen um 437 (+ 26%) auf 2 120 vergrößert, damit gleichzeitig auch der auf diese entfallende Anteil am Schweinebestand. So befindet sich in den Ställen dieser Betriebe jetzt schon mehr als ein Viertel der Gesamtzahl, während es vor zwei Jahren noch nicht einmal ein Fünftel war. Die Konzentrationstendenzen in der Schweinehaltung werden bei der weiteren Untergliederung dieser Betriebe besonders deutlich. Bestände zwischen 50 und 99 Tieren waren 1969 in 1 526 Betrieben, solche von 100 bis 199 in 458, insgesamt also schon in 1 984 Betrieben anzutreffen, während das 1967 erst in 1 581 Fällen zu beobachten war. Auch die Zahl der Betriebe mit 200 bis 399 Tieren erhöhte sich von 86 auf 110 und die mit 400 und mehr von 17 auf 27, wobei sich unter den letzten 7 befanden, die jeweils Bestände zwischen 600 und 999 Schweinen besaßen.

2. Betriebsgrößen nach der LN

Mit der Entwicklung zu größeren Bestandseinheiten ergaben sich auch Verschiebungen in der Betriebsgrößenstruktur, wobei sich eine weitere Verlagerung auf flächenstärkere Betriebe zeigte. Diese

Erscheinung dürfte indessen nur zum Teil in Verbindung mit den wachsenden Haltungsgrößen stehen, sondern ist auch im Zusammenhang mit den aus anderen Gründen verursachten Veränderungen der Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft allgemein zu sehen. Die absolut und relativ stärkste Abnahme war bei den Haltungen bis 0,5 ha LN zu beobachten, deren Zahl gegenüber 1967 um mehr als 5 000, das entspricht gut einem Drittel, zusammenschrumpfte. Nicht viel geringer waren die Einbußen der Haltungen bis 5 ha LN. In der Größenklasse von 0,5 bis 2 ha ging ihre Zahl um rund 4 800 (— 30%) in der von 2 bis 5 ha um annähernd 5 000 zurück. Insgesamt sind das fast 15 000 Schweinehaltungen unter 5 ha LN weniger als Ende 1967. Mehr als drei Viertel der Abnahme gingen damit allein zu Lasten dieser Gruppe. Ein Vergleich mit den entsprechenden Werten für die Zeit von Dezember 1965 bis 1967 zeigt, daß sich das Rückgangstempo in diesem Bereich beträchtlich beschleunigt hat. Ebenso kam es bei den Betrieben zwischen 5 und 10 ha LN wieder zu erheblichen Reduzierungen. Hier schieden rund 3 500 (— 16%) aus, womit nicht mehr ganz 18 700 verblieben. Erstmals betrafte der Rückgang auch die Gruppe der Betriebe mit 10 bis 20 ha, die bis vor zwei Jahren noch zahlenmäßig angestiegen waren, jetzt aber 1 800 (— 9,0%) einbüßte und damit auf den Stand von 18 300 sank. Demgegenüber nahm die Zahl der Betriebe mit 20 und mehr ha LN erneut zu, wobei die Zuwachsrate im Vergleich zu dem Beobachtungszeitraum von Dezember 1965 bis 1967 absolut und relativ merklich stieg. In der Größenklasse von 20 bis 50 ha waren mit 6 441 jetzt 1 103 (+ 21%) Betriebe mehr, in der ab 50 ha LN mit 245 insgesamt 24 Betriebe mehr vorhanden als zur gleichen Zeit vor zwei Jahren.

P. Porn

Hochbautätigkeit im Jahre 1969

1. Allgemeine Entwicklung

Die aufgrund vorliegender Indikatoren im vergangenen Jahr an dieser Stelle getroffene Vorhersage, daß sich das Bauvolumen des Jahres 1969 nicht sehr von dem des Jahres 1968 unterscheiden

werde, ist in vollem Umfange eingetroffen. Der Zugang von insgesamt 26 608 Wohnungseinheiten im Wohn- und Nichtwohnbau blieb lediglich um 2,7% unter dem Vorjahresergebnis. Zu diesem Rückgang mag die früh einsetzende Winterperiode

Gemeindegrößenklasse	Gebäude		Wohnungen		Räume			Wohnfläche		Umbauter Raum	Veranschlagte reine Baukosten	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	je Wohnung	1 000 qm	qm je Wohnung	1 000 cbm	1 000 DM	DM je Wohnung
Insgesamt												
unter 2 000 Einw.	5 347	41,1	6 838	28,2	35 959	32,0	5,3	708	103,5	4 392	445 722	65 183
2 000 - 5 000 "	2 342	18,0	3 575	14,8	17 660	15,7	4,9	348	97,3	2 089	221 464	61 948
5 000 - 20 000 "	2 636	20,2	5 112	21,1	23 836	21,2	4,7	467	91,3	2 686	298 828	58 456
20 000 - 50 000 "	863	6,6	2 482	10,2	10 605	9,4	4,3	207	83,6	1 144	131 688	53 057
50 000 - 100 000 "	515	4,0	1 043	4,3	4 682	4,2	4,5	92	88,0	529	59 933	57 462
100 000 und mehr "	1 322	10,1	5 196	21,4	19 660	17,5	3,8	390	75,0	2 028	237 107	45 633
Insgesamt	13 025	100,0	24 246	100,0	112 402	100,0	4,6	2 212	91,2	12 868	1 394 743	57 525
Ein- und Zweifamilienhäuser												
unter 2 000 Einw.	5 228	43,7	6 321	42,5	34 047	43,3	5,4	671	106,2	4 190	424 427	67 146
2 000 - 5 000 "	2 207	18,5	2 815	18,9	14 639	18,6	5,2	293	104,1	1 813	193 428	68 713
5 000 - 20 000 "	2 351	19,7	3 012	20,3	15 746	20,0	5,2	316	104,8	1 931	215 543	71 561
20 000 - 50 000 "	709	5,9	917	6,2	4 687	6,0	5,1	94	102,2	577	67 731	73 861
50 000 - 100 000 "	460	3,8	576	3,9	3 057	3,9	5,3	61	106,6	371	42 583	73 929
100 000 und mehr "	1 004	8,4	1 224	8,2	6 414	8,2	5,2	132	107,9	816	98 651	80 597
Zusammen	11 959	100,0	14 865	100,0	78 590	100,0	5,3	1 567	105,4	9 698	1 042 364	70 122
Mehrfamilienhäuser												
unter 2 000 Einw.	119	11,2	517	5,5	1 912	5,7	3,7	37	71,6	202	21 295	41 190
2 000 - 5 000 "	135	12,7	760	8,1	3 021	8,9	4,0	55	72,0	277	28 036	36 890
5 000 - 20 000 "	285	26,7	2 100	22,4	8 090	23,9	3,9	151	71,9	755	83 285	39 660
20 000 - 50 000 "	154	14,4	1 565	16,7	5 918	17,5	3,8	114	72,7	567	63 957	40 867
50 000 - 100 000 "	55	5,2	467	5,0	1 625	4,8	3,5	30	65,1	158	17 350	37 151
100 000 und mehr "	318	29,8	3 972	42,3	13 246	39,2	3,3	258	64,9	1 212	138 456	34 858
Zusammen	1 066	100,0	9 381	100,0	33 812	100,0	3,6	645	68,7	3 171	352 379	37 563

beigetragen haben. Sie ließ auch den Überhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen leicht ansteigen, wobei insbesondere die genehmigten und noch nicht begonnenen Wohnungen in stärkerem Maße zunahmen. Bei der zuletzt genannten Entwicklung spielten sicher auch die stark angestiegenen Finanzierungskosten infolge des erheblich erhöhten Zinsniveaus und die laufend anziehenden Baupreise eine Rolle. Beide Faktoren führten in einem allerdings nicht quantifizierbaren Maße zu Zurückstellungen von Bauvorhaben oder zu zeitlichen Verzögerungen in der Fertigstellung. Alles in allem brachte damit das Jahr 1969 ein Wohnungsbauergebnis, welches quantitativ und - wie noch zu zeigen sein wird - auch qualitativ durchaus befriedigend ist und weiter zu einer spürbaren Verbesserung der Wohnungsversorgung beitrug. Immerhin konnten im gesamten Bundesgebiet wieder um 500 000 Wohnungen fertiggestellt werden, womit die Bundesrepublik nach wie vor zur Spitzengruppe der europäischen Länder zählt.

Für das laufende Jahr 1970 ergeben sich Perspektiven, welche es nicht ganz leicht machen, zu einer festen und abgesicherten Aussage zu gelangen. Zunächst einmal ist, wie schon angedeutet, der Überhang und damit der Bauvorrat angestiegen. Auch die Zahl der 1969 und in den ersten sechs Monaten des Jahres 1970 genehmigten Wohnungen läßt kein wesentliches Nachlassen des Bauwillens erkennen, so daß von dieser Seite her auch 1970 mit einem ähnlichen Ergebnis gerechnet werden kann wie in den beiden Jahren zuvor. Negativ wirkt sich aber mit Sicherheit der lange und harte Winter aus, der

zu einem nur schwer oder überhaupt nicht aufzuholenden Verlust an Arbeitsstunden führte und zudem auch manche Fachkraft zur Abwanderung in die stationäre Industrie veranlaßte, so daß hierdurch zusätzliche Kapazitätsschwierigkeiten entstanden. Ferner ist es fraglich, ob bei den extrem hohen Hypothekenzinsen und den immer noch anhaltenden starken Baupreissteigerungen sowie der Verteuerung des Baulandes nicht ein Teil der Bauvorhaben undurchführbar geworden ist oder für längere Zeit zurückgestellt werden muß. Es scheint demnach, daß 1970 mit einem weiteren Rückgang der Fertigstellungen im Wohnbau gerechnet werden muß, der zudem erheblich stärker ausfallen wird als der Rückgang von 1969 zu 1968.

2. Gesamter Wohnungsbau

Im Berichtsjahr wurden 13 025 neue Wohngebäude mit insgesamt 24 246 Wohnungen errichtet. 1 066 Gebäude mit 9 381 Wohnungen zählten zu den Mehrfamilienhäusern, so daß diese nochmals eine wenn auch nur geringfügige Gewichtsverstärkung erfahren haben. Ihr Anteil, gemessen an den fertiggestellten Wohnungen, betrug nunmehr 38,7%. Hier zeigten sich noch die Auswirkungen der beiden Konjunkturprogramme der Bundesregierung vom Frühjahr und Sommer 1967, welche naturgemäß vor allem von den im Mehrfamilienhausbau tätigen gewerblichen Wohnungsunternehmen ausgeschöpft wurden. Wie bei den eingangs beschriebenen wachsenden Schwierigkeiten im Wohnungsbau sich das Bild für 1970 gestalten wird, bleibt abzuwarten. Sicherlich wird es aber keine spektakulären Ver-

Zugang an Wohngebäuden und Wohnungen in den Verwaltungsbezirken 1969

Verwaltungsbezirk	Wohnbau			Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden						
	Gebäude	Ein- und Zweifamilienhäuser	Wohnungen	insgesamt	öffentlich gefördert	mit ... Wohnräumen				je 1 000 Einwohner
						1 und 2	3	4	5 und mehr	
Kreisfreie Stadt Koblenz	211	159	602	617	158	32	149	189	247	5,8
Landkreise										
Ahrweiler	560	479	1 268	1 296	62	69	283	383	561	13,5
Altenkirchen (Ww.)	571	561	822	836	123	37	76	214	509	7,0
Bad Kreuznach	467	439	832	858	131	36	106	239	477	5,9
Bad Kreuznach, St.	89	72	292	298	80	19	57	120	102	6,8
Birkenfeld	344	316	663	672	125	16	57	154	445	7,0
Idar-Oberstein, St.	108	93	310	312	67	5	24	80	203	7,8
Cochem-Zell	220	210	370	400	33	26	37	88	249	5,9
Koblenz	413	344	793	805	99	27	93	297	388	8,3
Mayen	461	438	743	757	172	5	51	215	486	6,1
Andernach, St.	81	72	221	225	110	4	40	73	108	10,1
Mayen, St.	37	30	72	74	17	-	9	31	34	4,0
Neuwied	603	556	942	949	123	40	129	282	498	6,3
Neuwied, St.	50	37	117	120	17	6	12	57	45	3,8
Oberwesterwaldkreis	429	411	662	664	87	13	65	182	404	8,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	310	298	453	461	56	10	36	122	293	5,2
Rhein-Lahn-Kreis	378	350	735	745	146	72	85	218	370	6,3
Lahnstein, St.	54	45	109	109	24	1	17	45	46	5,4
Unterwesterwaldkreis	419	400	714	726	100	27	98	195	406	8,6
Reg. Bez. Koblenz	5 386	4 961	9 599	9 786	1 415	410	1 265	2 778	5 333	7,1
Kreisfreie Stadt Trier	200	143	581	596	197	41	162	186	207	5,7
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	366	355	494	503	54	17	41	87	358	4,6
Bitburg	209	203	303	315	56	33	37	42	203	5,5
Daun	147	140	225	228	69	5	33	36	154	5,3
Prüm	176	176	212	218	30	3	20	26	169	5,5
Trier-Saarburg	502	482	716	731	85	22	54	119	536	6,0
Reg. Bez. Trier	1 600	1 499	2 531	2 591	491	121	347	496	1 627	5,5
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	69	51	418	419	55	89	126	112	92	10,5
Kaiserslautern	308	243	808	833	135	81	117	314	321	8,3
Landau i. d. Pfalz	88	75	196	202	53	3	49	63	87	6,3
Ludwigshafen a. Rhein	153	76	947	955	516	39	145	407	364	5,5
Mainz	450	383	2 363	2 391	622	842	305	712	532	13,7
Neustadt a. d. Weinstr.	164	153	284	290	73	24	34	66	166	5,7
Pirmasens	124	102	301	315	91	25	42	98	150	5,6
Speyer	115	90	350	365	94	19	53	146	147	8,7
Worms	227	205	547	558	147	50	105	172	231	7,2
Zweibrücken	75	66	179	180	37	25	16	67	72	5,5
Landkreise										
Alzey-Worms	417	405	637	655	55	46	67	133	409	6,7
Bad Dürkheim	511	473	945	967	138	48	131	275	513	8,3
Donnersbergkreis	224	207	388	394	88	- 1	35	107	253	5,8
Germersheim	625	602	1 174	1 193	184	41	125	299	728	13,1
Kaiserslautern	294	280	502	525	43	- 1	31	177	318	5,8
Kusel	184	178	333	335	64	12	24	87	212	4,1
Landau-Bad Bergzabern	390	379	580	598	107	11	17	169	401	5,7
Ludwigshafen	704	667	1 239	1 252	169	37	63	396	756	10,7
Mainz-Bingen	455	421	950	961	254	78	109	251	523	6,4
Bingen, St.	59	52	134	140	48	39	10	25	66	5,7
Pirmasens	361	346	634	658	96	48	80	190	340	8,2
Zweibrücken	101	97	185	185	32	4	32	46	103	5,7
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	6 039	5 499	13 960	14 231	3 053	1 520	1 706	4 287	6 718	7,9
Rheinland-Pfalz	13 025	11 959	26 090	26 608	4 959	2 051	3 318	7 561	13 678	7,3
Kreisfreie Städte	2 184	1 746	7 576	7 721	2 178	1 270	1 303	2 532	2 616	7,8
Landkreise	10 841	10 213	18 514	18 887	2 781	781	2 015	5 029	11 062	7,1

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Ins- gesamt	Mit ... Räumen									
		1 und 2		3		4		5 und 6		7 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unternehmen (ohne Wohnungs- unternehmen)	1 731	344	19,9	387	22,4	603	34,8	315	18,2	82	4,7
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	4 400	82	1,9	697	15,8	1 859	42,2	1 658	37,7	104	2,4
Sonstige Wohnungsunternehmen	1 171	478	40,8	160	13,7	258	22,0	263	22,5	12	1,0
Öffentliche Bauherren	478	98	20,5	140	29,3	119	24,9	91	19,0	30	6,3
Private Haushalte	18 310	989	5,4	1 857	10,1	4 551	24,9	7 820	42,7	3 093	16,9
unter 2 000 Einwohner	7 639	291	3,8	635	8,3	1 637	21,4	3 395	44,5	1 681	22,0
2 000 - 5 000 "	3 925	134	3,4	417	10,6	991	25,3	1 834	46,7	549	14,0
5 000 - 20 000 "	5 497	245	4,4	691	12,6	1 782	32,4	2 166	39,4	613	11,2
20 000 - 50 000 "	2 596	222	8,6	457	17,6	876	33,7	852	32,8	189	7,3
50 000 - 100 000 "	1 132	94	8,3	175	15,5	324	28,6	435	38,4	104	9,2
100 000 und mehr "	5 301	1 005	19,0	866	16,3	1 780	33,6	1 465	27,6	185	3,5
Koblenz	9 599	395	4,1	1 235	12,9	2 719	28,3	3 923	40,9	1 327	13,8
Trier	2 531	119	4,7	342	13,5	476	18,8	1 015	40,1	579	22,9
Rheinhausen-Pfalz	13 960	1 477	10,6	1 664	11,9	4 195	30,1	5 209	37,3	1 415	10,1
Insgesamt	26 090	1 991	7,7	3 241	12,4	7 390	28,3	10 147	38,9	3 321	12,7

schiebungen in den Relationen geben. Zu erwähnen ist noch, daß sich, wie schon im vergangenen Jahr, eine geringfügige Verminderung der durchschnittlichen Raumzahl je Wohnung von 4,7 auf 4,6 und eine Verminderung der Wohnfläche von 91,9 auf 91,2 qm ergab.

In der strukturellen Verteilung der Gebäude- und Wohnungstypen auf die *Gemeindegrößenklassen* haben sich im Berichtsjahr einige interessante Tendenzen ergeben, welche ebenfalls mit dem verstärkten Mehrfamilienhausbau zusammenhängen. Zunächst ist festzuhalten, daß sich das Gewicht der Großstädte - sie sind seit eh und je das bevorzugte Gebiet für den Mehrfamilienhausbau - in den letzten beiden Jahren etwa verdoppelt hat. Betrug 1967 noch der Anteil dieser Städte am gesamten Wohnungsbauergebnis 9,7%, so stieg es bis 1969 auf 20,2% an. Hieran ist allerdings der Eintritt der Städte Trier und Kaiserslautern nicht unerheblich beteiligt. Immerhin aber dehnte sich der Anteil der Großstädte auch ohne diese beiden Städte auf 14,9% aus. Entsprechend sank das Gewicht der unteren Größenklassen. Bei der Errichtung neuer Wohngebäude kamen auf die Großstädte sogar 21,4% der fertiggestellten Wohnungen gegenüber nur 16,3% im Jahre 1968. Zu diesem Ergebnis hat insbesondere auch der Abschluß eines Großbauvorhabens in Koblenz beigetragen. Die Wohnfläche differierte bei den Ein- und Zweifamilienhäusern bei einem Durchschnitt von 105,4 qm zwischen 102,2 qm in den Gemeinden mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern und 107,9 qm in den Großstädten. Daß es sich bei den zuletzt genannten Wohnungen um besonders luxuriöse und damit teure Objekte gehandelt hat, geht aus den veranschlagten reinen Baukosten je Wohnung hervor, welche den Durchschnitt von rund 70 000 DM um etwa 10 000 DM überstiegen. Bei Mehrfamilienhäusern waren die Unterschiede nicht so kraß. Hier hielt sich die Wohnfläche bei einem Schnitt von 68,7 qm in den Grenzen zwischen 64,9 qm (Großstädte) und 72,7 qm

(Gemeinden zwischen 20 000 und 50 000 Einwohner), und die veranschlagten reinen Baukosten entfernten sich vom Durchschnitt (rund 38 000 DM je Wohnung) um höchstens 3 000 DM nach oben (Gemeinden unter 2 000 Einwohner) und unten (Großstädte).

Die Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit bei den einzelnen *Bauherrengruppen* und damit die Entwicklung ihrer Anteile am Gesamtergebnis verlief im Berichtsjahr in Rheinland-Pfalz insofern etwas anders als im Durchschnitt des Bundesgebiets, als hier die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen ihren Anteil von fast 17% halten konnten, während dieser im Bundesgebiet von knapp einem Viertel auf ein Fünftel absank. Stärkere Rückgänge zeigten die Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen) und die öffentlichen Bauherren, während die privaten Haushalte infolge einer leichten Zunahme gegenüber dem Vorjahr ihren Anteil an den Fertigstellungen auf über 70% steigerten. Dieser überaus hohe Satz ist im wesentlichen auf die kleingemeindliche Struktur von Rheinland-Pfalz zurückzuführen. Im Vergleich zu stärker industrialisierten Ländern mit großen Städten ist es hier noch relativ leicht, ein Ein- oder Zweifamilienhaus zu bauen. Im Bundesgebiet betrug dieser Anteil 1969 nur etwa 57%.

Bei den Wohnungstypen, bezogen auf die *Raumzahl* je Wohnung, ist bemerkenswert, daß auch im Berichtsjahr wieder die Ein- und Zweiraumwohnungen einen erheblichen Anstieg aufwiesen (mehr als + 15%). Besonders stark dürfte an dieser Entwicklung die Universitäts- und Landeshauptstadt Mainz beteiligt gewesen sein, denn einerseits betrug in den Großstädten der Anteil dieses Wohnungstyps am Gesamtergebnis 19%, während er in den übrigen Gemeindegrößenklassen zwischen 3,4 und 8,6% schwankte, und andererseits lag auch im Regierungsbezirk Rheinhausen-Pfalz dieser Satz mehr als doppelt so hoch wie in den beiden ande-

ren Regierungsbezirken. Es scheint, daß hier der Bau von Appartementhäusern durch den starken Anteil an Einpersonenhaushalten an der Bevölkerung (Studenten!) besonders lukrativ ist. Mit einem 7,7%-Anteil am Gesamtergebnis im Wohnungsbau hat die Ein- und Zweiraumwohnung, welche relativ am häufigsten von den sonstigen Wohnungsunternehmen gebaut wurde (40,8% der errichteten Wohnungen dieser Bauherrngruppe entfielen auf Ein- und Zweiraumwohnungen), den höchsten Satz in den letzten zehn Jahren erreicht. Der permanente Rückgang in den Anteilen der Dreiraumwohnung innerhalb des letzten Jahrzehnts bei gleichzeitigem Ansteigen der Sätze für die Wohnungen mit höheren Raumzahlen (fünf und mehr) ist zum Stillstand gekommen. 1969 kamen 12,5% auf diesen Typ, 1959 waren es noch 29%. Andererseits stiegen die Wohnungen mit fünf und mehr Räumen von 31,7 auf 51,4% an, ein sehr deutliches Indiz für die gestiegenen Ansprüche an den Wohnkomfort. Wie im vergangenen Jahr war die Dreiraumwohnung am stärksten bei den Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen) und den öffentlichen Bauherren vertreten (22,4 bzw. 29,3%), die Vierraumwohnung bevorzugten die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen (42,2%), Wohnungen mit fünf oder sechs Räumen waren Domäne der privaten Haushalte (42,7%), ebenso wie die ausgesprochenen Großwohnungen mit sieben und mehr Räumen (16,9% gegenüber 1,0 bis 6,3% bei den übrigen Bauherrngruppen). Der zuletzt genannte Typ war, wie in den vergangenen Jahren, wieder am stärksten im Regierungsbezirk Trier vertreten (22,9% gegenüber 13,8% im Regierungsbezirk Koblenz und 10,1% im Bezirk Rheinhessen-Pfalz).

Hinsichtlich der *Ausstattung* der Wohnungen reichen die gegenwärtig in der Bautätigkeitsstatistik erfaßten Merkmale fast nicht mehr aus, um zu neuen, differenzierten Aussagen zu gelangen. Die Ausstattungskriterien Ofenheizung, Zentralheizung und Bad sind gegenüber den inzwischen verwirklichten Komfortansprüchen zu dürftig. Es müßten noch Merkmale wie Einzelausstattung des Bades, Vorhandensein einer Gästetoilette, Bodenbelag u. ä. hinzukommen, jedoch sind zur Erfassung dieser Kriterien derzeit noch nicht die rechtlichen Voraussetzungen gegeben. Es ist daher wiederum nur festzustellen, daß, wie bereits in den vergangenen Jahren, praktisch 100% der neu errichteten Wohnungen mit einem Bad ausgestattet sind, und daß der Anteil der Wohnungen mit Zentralheizung 84,7% erreicht hat, während er vor zehn Jahren erst bei 13,5% und vor fünf Jahren bei 49,0% lag. In den Großstädten betrug der Satz sogar schon 96,1%, in den kleinen Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern erst 76,6%. Unter den Bauherren führten die Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen), welche 98,0% ihrer Wohnungen mit Zentralheizung ausstatten, sowie die sonstigen Wohnungsunternehmen (94,8%). Die öffentlichen Bauherren hielten dagegen nur bei 53,0% der Neubauten dieses Ausstattungsmerkmal für erforderlich, während es im vergangenen Jahr doch immerhin 81,6% waren.

Wohnungszugang im Wohnbau (Errichtung neuer Gebäude)
nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen
und Ausstattung der Wohnung 1969

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Ins- ge- sam Anzahl	Mit Ofenheizung		Mit Zentralheizung	
		zu- sam- men	mit Bad	zu- sam- men	mit Bad
		%			
Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen)	1 703	2,0	2,0	98,0	98,0
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	4 400	17,1	17,0	82,9	82,9
Sonst. Wohnungsunternehmen	1 170	5,2	5,2	94,8	94,7
Öffentliche Bauherren	468	47,0	47,0	53,0	53,0
Private Haushalte	16 505	16,0	15,9	84,0	83,8
unter 2 000 Einw.	6 838	23,4	23,2	76,6	76,4
2 000 - 5 000 "	3 575	19,3	19,2	80,7	80,5
5 000 - 20 000 "	5 112	14,3	14,2	85,7	85,5
20 000 - 50 000 "	2 482	11,2	11,2	88,8	88,7
50 000 - 100 000 "	1 043	19,9	19,8	80,1	80,1
100 000 und mehr "	5 196	3,9	3,9	96,1	96,0
Koblenz	8 935	14,1	14,0	85,9	85,8
Trier	2 407	16,9	16,8	83,1	82,8
Rheinhessen-Pfalz	12 904	15,9	15,8	84,1	84,0
Insgesamt	24 246	15,3	15,2	84,7	84,6

3. Sozialer Wohnungsbau

In den Jahren 1965 bis 1967 war die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen im „traditionellen“ öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau, also im sogenannten ersten Förderungsweg, permanent zurückgegangen, zum Teil schon zwangsläufig deshalb, weil mit dem ständig steigenden Masseneinkommen die seit langem reformbedürftigen Einkommensgrenzen der entsprechenden wohnungsbaugesetzlichen Bestimmungen den Kreis der Berechtigten immer stärker einengten. Die Länder wichen weitgehend auf den zweiten Förderungsweg aus, in dem bei Auflockerung der Einkommensgrenzen öffentliche Mittel - allerdings je Bauvorhaben in geringerem Umfang - in zeitlicher Begrenzung gewährt werden. Zur breiten statistischen Durchleuchtung des zweiten Förderungsweges fehlen noch die gesetzlichen Voraussetzungen, so daß die folgenden Ausführungen sich nach wie vor nur auf den „traditionellen“ Wohnungsbau beziehen. Dieser erfuhr durch die beiden Konjunkturprogramme von 1967 eine erhebliche Unterstützung, welche dazu führte, daß 1968 eine reale Steigerung des Fertigstellungsergebnisses um über 12% und 1969 eine solche von etwa 2% festgestellt werden konnte, während sonst wohl mit einem Rückgang hätte gerechnet werden müssen. Insgesamt wurden im Wohn- und Nichtwohnbau 4 959 Sozialwohnungen errichtet (das sind nahezu 19% aller neu erbauten Wohnungen), im reinen Wohnbau waren es 4 851, was einer Steigerung gegenüber 1968 um 4,2% entspricht. Wie es 1970 aussehen wird, läßt sich nur vermuten. 1969 wurden 4 328 Wohnungen neu bewilligt, 17,0% weniger als 1968, und im ersten Vierteljahr 1970 lag die Quote mit 576 Wohnungen um 22,6% unter dem entsprechenden Vierteljahreswert des Vorjahres, so daß von dieser Seite her keine Auftriebstendenzen zu erkennen sind. Auch bestehen für den sozialen Wohnungsbau

Wohnungszugang im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (ohne Nichtwohnbau) nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen und Wohnungsgröße 1969

Bauherr Gemeindegrößenklasse	Wohn- ungen	Mit ... Räumen								Wohn- räume
		1 und 2		3		4		5 und mehr		
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wirtschaftsunternehmen und öffent- liche Verwaltungen	292	70	24,0	110	37,7	89	30,5	23	7,8	935
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	2 804	40	1,4	441	15,7	1 347	48,1	976	34,8	11 911
Private Haushalte	1 755	31	1,8	172	9,8	270	15,4	1 282	73,0	9 520
unter 2 000 Einwohner	705	14	2,0	34	4,8	86	12,2	571	81,0	4 093
2 000 - 5 000 "	509	9	1,8	61	12,0	162	31,8	277	54,4	2 496
5 000 - 20 000 "	1 127	44	3,9	173	15,4	422	37,4	488	43,3	5 129
20 000 - 50 000 "	589	30	5,1	110	18,7	224	38,0	225	38,2	2 487
50 000 - 100 000 "	299	16	5,3	70	23,4	106	35,5	107	35,8	1 254
100 000 und mehr "	1 622	28	1,7	275	17,0	706	43,5	613	37,8	6 907
Insgesamt	4 851	141	2,9	723	14,9	1 706	35,2	2 281	47,0	22 366

die gleichen Schwierigkeiten wie für den übrigen Bausektor: Hohes Zinsniveau, steigende Produktionskosten und damit steigende Preise sowie Verteuerung des Baulandes sind Faktoren, welche eine gewisse Unsicherheit in die Prognose bringen, weil sich nicht genau absehen läßt, in welchem Umfange diese Faktoren zu zeitlichen Verzögerungen in der Fertigstellung oder zur vorläufigen oder endgültigen Aufgabe von Bauvorhaben führen werden. Immerhin ist wohl sicher, daß mit einer Steigerung des Sozialwohnungsbaus im Jahre 1970 nicht zu rechnen ist, vielmehr wird sich ein stärkerer Rückgang kaum vermeiden lassen.

Die konjunkturellen Belebungsmaßnahmen von 1967 wirkten sich vor allem auf den unternehmerischen Wohnungsbau und damit auf den Mehrfamilienhausbau in den großen Städten aus. Dies war bereits im vergangenen Berichtsjahr deutlich festzustellen, als sich das Gewicht der neu erbauten,

voll geförderten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern von 43,4% im Jahre 1967 auf 54,5% im Jahre 1968 vergrößerte. 1969 wurde diese Tendenz noch deutlicher, denn nun erhöhte sich der Satz sogar auf 61,1%, und überdies betrug der Anteil der in Gemeinden mit über 50 000 Einwohnern errichteten Sozialwohnungen nun etwa 40% gegenüber 35% im Vorjahr. In den Jahren nach 1960, also nach dem Auslaufen der großen Sonderbauprogramme für Sowjetzonenflüchtlinge, bis einschließlich 1967 überwog immer der Sozialwohnungsbau in Ein- und Zweifamilienhäusern.

Damit ist auch bereits angedeutet, daß unter den Bauherren wiederum die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen dominierten. Ihr Anteil schnellte auf 57,8% hoch. Als bevorzugten Wohnungstyp bauten sie die Vierraumwohnung (48,1%), gefolgt von der Wohnung mit fünf und mehr Räumen (34,8%). Die kleineren Wohnungen spielten hier kaum mehr eine Rolle. Ähnlich war es bei den privaten Haushalten, die bei einem Anteil von 36,2% zum ganz überwiegenden Teil Großwohnungen mit fünf und mehr Räumen errichteten (73,0%). Ganz anders war das Bild bei den Wirtschaftsunternehmen und den öffentlichen Bauherren. Hier fielen fast 62% auf die Wohnungstypen bis zu drei Räumen.

Bei der Verteilung der Wohnungen nach ihrer Größe auf die Gemeindegrößenklassen ergab sich wieder die deutliche negative Korrelation, daß mit abnehmender Gemeindegrößenklasse relativ mehr Großwohnungen gebaut werden. So waren 81% der in den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern errichteten Sozialwohnungen solche mit fünf und mehr Räumen, in den Großstädten entfielen auf diesen Wohnungstyp nur knapp 38%.

An interessanten Einzelmerkmalen des Sozialwohnungsbaus ist noch folgendes festzuhalten: Bei gegenüber dem Vorjahre gleichgebliebener Raumzahl je Wohnung (4,6) hat sich die durchschnittliche Wohnfläche etwas verringert (auf 85,4 qm). Die Ausstattung entspricht hinsichtlich des Merkmals Bad derjenigen im allgemeinen Wohnungsbau (100%), hinsichtlich des Merkmals Zentralheizung

Wohnungszugang im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (Errichtung neuer Gebäude) nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen und Ausstattung der Wohnung 1969 (vollgeförderter Wohnungsbau)

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Insgesamt	Mit Ofenheizung		Mit Zentralheizung	
		zu- sam- men	mit Bad	zu- sam- men	mit Bad
	Anzahl	%			
Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen)	45	4,4	4,4	95,6	95,6
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	2 804	19,9	19,9	80,1	80,1
Sonst. Wohnungsunternehmen	9	33,3	33,3	66,7	66,7
Öffentliche Bauherren	237	60,3	60,3	39,7	39,7
Private Haushalte	1 722	21,1	21,0	78,9	78,8
unter 2 000 Einw.	684	33,5	33,3	66,5	66,4
2 000 - 5 000 "	505	35,0	35,0	65,0	65,0
5 000 - 20 000 "	1 124	27,4	27,4	72,6	72,5
20 000 - 50 000 "	585	24,8	24,8	75,2	75,2
50 000 - 100 000 "	299	47,5	47,5	52,5	52,5
100 000 und mehr "	1 620	4,2	4,2	95,8	95,8
Koblenz	1 365	25,6	25,5	74,4	74,3
Trier	468	13,0	13,0	87,0	87,0
Rheinhausen-Pfalz	2 984	22,1	22,1	77,9	77,9
Insgesamt	4 817	22,2	22,2	77,8	77,8

Gebäudeart Bauherr Gemeindegrößenklasse	Gebäude	Wohnungen	Bruttowohnfläche	Nutzfläche		Umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten	
				insgesamt	je Gebäude	insgesamt	je Gebäude	insgesamt	je cbm umbauten Raumes
	Anzahl		1 000 qm	qm	qm	1 000 cbm	cbm	1 000 DM	DM
Anstaltsgebäude	82	22	1,3	99	1 204	464	5 657	81 703	176
Bürogebäude	112	64	5,5	92	821	446	3 983	64 762	145
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	1 250	4	0,3	333	267	1 579	1 263	60 944	39
Gewerbliche Betriebsgebäude	1 436	342	31,5	1 125	783	7 141	4 973	369 807	52
Schulen	77	9	0,8	174	2 264	1 006	13 062	144 463	144
Sonstige Nichtwohngebäude	443	24	2,2	180	406	1 029	2 322	113 533	110
Unternehmen und freie Berufe	2 778	387	35,3	1 551	558	9 189	3 308	499 530	54
Land- und Forstwirtschaft	1 197	4	0,3	323	270	1 525	1 274	58 796	39
Produzierendes Gewerbe	776	116	10,9	777	1 002	5 112	6 587	234 942	46
Handel, Geld- und Versicherungen, Dienstleistungen	738	261	23,5	407	552	2 296	3 111	181 603	79
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	67	6	0,6	43	642	256	3 827	24 189	94
Öffentliche Bauherren	499	63	4,9	430	863	2 363	4 735	328 482	139
Gemeinden und Gemeindeverbände	260	17	1,3	229	879	1 353	5 203	191 817	142
Andere Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	131	20	1,6	118	902	619	4 721	74 652	121
Organisationen ohne Erwerbscharakter	108	26	2,0	84	774	392	3 626	62 013	158
Private Haushalte	123	15	1,4	21	174	113	915	7 199	64
unter 5 000 Einwohner	2 177	193	18,1	813	374	4 367	2 006	271 207	62
5 000 - 50 000 "	828	154	14,8	785	948	4 715	5 695	321 167	68
50 000 - 100 000 "	130	30	2,5	103	794	547	4 205	45 581	83
100 000 und mehr "	265	88	6,2	301	1 136	2 035	7 680	197 256	97
Insgesamt	3 400	465	41,6	2 003	589	11 664	3 431	835 211	72

kam der öffentlich geförderte Wohnungsbau nicht ganz an den allgemeinen Satz von 84,7% heran, vielmehr wurden nur 77,8% der Sozialwohnungen mit Zentralheizung ausgestattet. Auffällig hierbei ist, daß die öffentlichen Bauherren nur bei 39,7% der Wohnungen Zentralheizung vorsahen, während die Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen) auf einen Satz von 95,6% kamen. Unter den Regierungsbezirken lag Trier mit 87,0% zentralbeheizter Wohnungen an der Spitze vor Koblenz (74,4%) und Rheinhessen-Pfalz (77,9%). Die veranschlagten reinen Baukosten einer in ganzen Wohngebäuden errichteten Sozialwohnung lagen mit 47 990 DM um 0,5% unter dem Vorjahreswert, jedoch stieg der Preis für einen Kubikmeter umbauten Raumes um 5,9% auf 105,80 DM an.

4. Nichtwohnbau

Während 1969 im Wohnbau für die Errichtung neuer Gebäude rund 1,4 Mrd. DM reine Baukosten veranschlagt wurden, betrug die entsprechende Summe im Nichtwohnbau 835 Mill. DM. Hiermit wurden 3 400 Gebäude mit einer Nutzfläche von etwa 2 Mill. qm fertiggestellt. Diese sehr groben Werte sagen selbstverständlich noch nichts über die Struktur dieser Neubauten aus. Hierzu ist es notwendig, nach Gebäudearten, Bauherren und Gemeindegrößenklassen zu differenzieren. Die Masse der Nichtwohnbauten entfiel auf landwirtschaftliche (1 250) und gewerbliche Betriebsgebäude (1 436). Diese Gebäudearten sind entsprechend ihrer Struktur (Scheunen, Ställe, Werkshallen) mit 38,60 bzw. 51,80 DM veranschlagten reinen Baukosten je Kubikmeter umbauten Raumes am billigsten. Das

andere Extrem sind Anstaltsgebäude (Krankenhäuser) mit 176,10 DM je cbm. Es folgen Bürogebäude (145,20 DM) und Schulen (143,60 DM). Die Schulen hatten die weitaus größte Nutzfläche je Gebäude (2 264 qm), in weitem Abstand folgten die Anstaltsgebäude (1 204 qm), und am Schluß lagen die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude (267 qm).

Auf die Bauherrengruppe der Unternehmen und freien Berufe entfielen allein 2 778 der neu errichteten Nichtwohnbauten. Sie lagen mit durchschnittlich 54,40 DM veranschlagten reinen Baukosten je Kubikmeter am unteren Ende der Kostenskala. Absolut am billigsten war innerhalb dieser Gruppe ein Nichtwohngebäude im Bereich der Land- und Forstwirtschaft (38,60 DM), im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung betrug der Preis 94,30 DM. Auf die öffentlichen Bauherren entfielen ausnahmslos die teuren Bauten wie Schulen und Anstaltsgebäude. Hier kam der Durchschnitt auf 139,00 DM je Kubikmeter, wobei die Organisationen ohne Erwerbscharakter mit 158,40 DM die Spitze hielten.

Innerhalb der Gemeindegrößenklassen dominierten die Großstädte mit einem Kubikmeter-Preis von 96,90 DM und einer Nutzfläche je Gebäude von 1 136 qm, weil sich hier in stärkerem Maße als in den übrigen Gemeindegrößenklassen die teuren Nichtwohngebäude konzentrieren. Am anderen Ende der Skala lagen erwartungsgemäß die Gemeinden unter 5 000 Einwohnern mit einer durchschnittlichen Nutzfläche je Gebäude von 374 qm und einem Kubikmeterpreis von 62,10 DM.

Dr. P. Baron

Struktur und Finanzierung von Sozialwohnungen 1969

1. Gesamtüberblick

Der traditionelle öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau im Sinne des ersten und zweiten Wohnungsbaugesetzes hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung verloren. Noch bis Ende der 50er Jahre lag sein Anteil an den Fertigstellungen im Bundesgebiet bei mehr als 50%. Im Jahre 1968 dagegen war nur noch jede dritte Wohnung mit öffentlichen Mitteln gefördert und 1969 dürfte der Anteil sogar unter 30% liegen. In Rheinland-Pfalz zeigt sich der Rückgang anhand der Ergebnisse der amtlichen Bewilligungsstatistik, die vierteljährlich nach den Angaben der Landesbank und Girozentrale Rheinland-Pfalz - Landestreuhandstelle - die mit öffentlichen Mitteln geförderten Bauvorhaben nach Art, Kostenzusammensetzung, Förderungsformen und Finanzierungsquellen erfaßt. Während für das Jahr 1953 noch 15 200 Sozialwohnungen geplant waren und 1958 der absolute Höchststand mit fast 17 000 geförderten Wohneinheiten erreicht wurde, gingen die geplanten Bauvorhaben in den folgenden Jahren kontinuierlich zurück. 1966 wurden nur noch knapp 4 100 Wohnungen gezählt. Nach einer Steigerung in den beiden folgenden Jahren auf 4 900 bzw. 5 200 Einheiten wurden im Berichtsjahr noch für rund 4 300 Sozialwohnungen Bewilligungsentscheide erteilt.

Bei der Begründung dieser Entwicklung müssen mehrere Faktoren berücksichtigt werden. Neben dem allmählichen Abbau der Bundesmittel (bis 1969) im Rahmen der Realisierung des Lücke-Plans, der den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und Integration des Wohnungsmarktes in das System der sozialen Marktwirtschaft zum Inhalt hatte, ist ein wichtiger Grund darin zu sehen, daß die eingefrorenen Einkommensgrenzen im Zusammenhang mit den steigenden Masseneinkommen die Zahl der für eine öffentliche Förderung infrage kommenden Bewerber immer mehr einengen. Nach § 25 des zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 darf das Jahreseinkommen des Haushaltsvorstandes in der Regel 9 000 DM nicht übersteigen. Hinzu kommen noch 2 400 DM für jedes Familienmitglied. Ein weiterer Grund für die rückläufige Entwicklung ist in den ständig steigenden Bau- und Baunebenkosten zu sehen, die bewirken, daß mit dem von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellten Kontingent relativ weniger Wohnungen gefördert werden können. Während 1959 in Rheinland-Pfalz die veranschlagten reinen Baukosten (ohne Grundstücks-, Erschließungs-, Bauneben- und sonstige Kosten) einer Sozialwohnung noch 23 000 DM ausmachten, waren es zehn Jahre später bereits 49 000 DM. Im gleichen Zeitraum stieg der Preis je Kubikmeter umbauten Raumes von 59 auf 105 DM, der Preis je Quadratmeter Wohnfläche von 317 auf 564 DM. Zu beachten ist, daß in den gestiegenen Preisen natürlich auch Qualitätsverbesserungen enthalten sind. Gerade in den letzten Jahren dürfte darüber

hinaus auf der Nachfrageseite auch die Tatsache eine Rolle spielen, daß sich private Bauherren durch Verzicht auf öffentliche Baudarlehen in erster Linie an zahlungskräftige Mieter oder Käufer wenden wollen, da die für Sozialwohnungen festgelegte Kostenmiete zum Teil wesentlich unter den Mieten vergleichbarer freifinanzierter Wohnungen liegt. Viele Bauherren nehmen dabei auch - im Hinblick auf eine bessere langfristige Rendite - höhere Zinsen der Kapitalmarktmittel in Kauf. Speziell im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahren spielen neben diesen mehr allgemeinen Gründen natürlich auch Sondereinflüsse wie Diskontveränderungen oder die Verfassung des Kapitalmarktes eine Rolle.

Auf das Jahresergebnis 1970 werden drei Faktoren entscheidenden Einfluß ausüben: die Baupreisentwicklung, die Zinsentwicklung und die Investitionspolitik von Bund und Ländern. Es ist dabei zumindest zweifelhaft, ob der soziale Wohnungsbau, obwohl er für die konjunkturelle Überhitzung nicht verantwortlich zu machen ist, von dem Einfluß globaler Restriktionsmaßnahmen freigehalten werden kann. Wegen der steigenden Baupreise wurde in Rheinland-Pfalz für das Bauprogramm 1970 bereits eine Überschreitung der Förderungssätze um bis zu 50% der Normalsätze zugelassen. Da es aber kaum möglich sein wird, die überhöhten Kapitalkosten durch noch höhere Subventionen der öffentlichen Hand auszugleichen, muß mit einem weiteren Rückgang gerechnet werden. Die vorliegenden Ergebnisse des ersten Quartals 1970 zeigen bereits einen Rückgang der bewilligten Wohnungen um 23%.

2. Sozialer Wohnungsbau

Förderungsvolumen

Im Berichtsjahr wurden in Rheinland-Pfalz Bewilligungsbescheide für insgesamt 4 328 Sozialwohnungen erteilt. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 17% (Bundesdurchschnitt — 12%). Der Anteil des sozialen Wohnungsbaues an der gesamten Bauplanung des Jahres 1969 ging, gemessen an der Zahl der erteilten Baugenehmigungen für Wohnungen, auf 15% gegenüber 18% im Jahre 1968 zurück. Von den Wohnungen entfielen 89% auf vollgeforderte reine Wohnbauten, der Rest auf sonstige Wohnbauten, in denen zusätzlich Räume zur gewerblichen oder landwirtschaftlichen Nutzung vorgesehen sind. Im Hinblick auf die private Eigentumsbildung ist die Unterteilung der Bauvorhaben und der darin vorgesehenen Wohnungen nach Gebäudearten von besonderem Interesse. Unter Vernachlässigung der Kleinsiedlerstellen und sonstigen Gebäude (Anstalten, Wohnheime), deren Anteil bei knapp 2% liegt, waren die geförderten Gebäude zu 86% Ein- und Zweifamilienhäuser (Bundesdurchschnitt 71%) und zu 12% Mehrfamilienhäuser. Geht man dagegen von der Zahl der Wohnungen aus, so überwiegen die Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern (55%)

Jahr	Ins- gesamt	In Mehrfamilienhäusern			In Ein- und Zwei- familienhäusern		In Kleinsiedlerstellen		In sonstigen Gebäuden
		zu- sammen	eigegenutzte und Kauf- eigentums- wohnungen	Eigen- tümer- wohnungen	zu- sammen	Eigen- tümer- wohnungen	zu- sammen	Eigen- tümer- wohnungen	
1965	6 171	2 644	8	32	3 466	2 892	26	25	35
1966	4 073	1 609	9	14	2 422	2 100	16	15	26
1967	4 929	2 595	7	8	2 201	1 995	116	109	17
1968	5 216	3 037	44	3	2 124	1 959	14	12	41
1969	4 328	2 367	-	11	1 934	1 546	24	24	3

diejenigen in Ein- und Zweifamilienhäusern (45%). Da die vergleichbaren Vorjahreswerte bei 58 bzw. 41% lagen, wurde der in den letzten Jahren zu beobachtende Rückgang der Eigentumsbildung im sozialen Wohnungsbau gestoppt. Ohne Zweifel spielen bei dieser Entwicklung die hohen Kapitalmarktzinsen des Jahres 1969 eine Rolle, da die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen, die sich in erster Linie auf den Mehrfamilienhausbau konzentrieren, erfahrungsgemäß zinsempfindlicher reagieren und geplante Investitionsvorhaben zunächst zurückstellten. Von der in Form des Ein- und Zweifamilienhausbaues geförderten Familienheimen waren knapp 80% als Eigentümerwohnungen vorgesehen. Mehr als 1 000 Wohnungen (23%) waren für kinderreiche Familien, knapp 600 Wohnungen (14%) für aus der sowjetischen Besatzungszone Zugewanderte bestimmt, wobei Wohneinheiten, die eventuell später an diese Personen vergeben werden, ohne daß für sie eine entsprechende Zweckbindung vorgesehen war, in diesen Zahlen nicht enthalten sind.

Förderungsformen und Finanzierungsquellen

Von den drei in der Bewilligungsstatistik unterschiedenen Förderungsformen, Förderung durch Kapitalhilfen, objektbezogene Beihilfen und Mischförderung, das heißt Kapitalhilfen und objektbezogene Beihilfen gemischt, spielt für Rheinland-Pfalz die Mischförderung die dominierende Rolle, da man sich durch eine Kombination von Baudarlehen und laufenden Beihilfen, insbesondere zur Verzinsung und Tilgung von Kapitalmarktmitteln, den größten Nutzeffekt der öffentlichen Mittel versprach. Im Berichtsjahr wurden knapp 98% aller Sozialwohnungen in vollgeforderten reinen Wohn-

bauten durch Mischförderung, die restlichen 2% allein durch Kapitalhilfen subventioniert. Die entsprechenden Prozentwerte für sonstige Wohnbauten (Anstaltsgebäude, teilgeförderte Wohnbauten mit gewerblichen oder landwirtschaftlichen Einrichtungen) lagen bei 92 und 8%.

Die Finanzierung der Sozialwohnungen erfolgt durch öffentliche, Kapitalmarkt- und sonstige Mittel. Öffentliche Mittel im Sinne der Bewilligungsstatistik sind Bundes-, Landes- und LAG-Mittel sowie Gelder der Gemeinden und Gemeindeverbände mit Ausnahme der Gemeindemittel, die ohne gleichzeitige Inanspruchnahme von Landesdarlehen gewährt werden. Die von Pfandbriefinstituten, Sparkassen, Privat- und Sozialversicherungen sowie Bausparkassen zur Verfügung gestellten Gelder werden als Kapitalmarktmittel bezeichnet. Zu den sonstigen Mitteln zählen in erster Linie eigene Ersparnisse, eingebrachte Baugrundstücke, Gegenwert der Eigenhilfe, Arbeitgeber- und Mieterdarlehen sowie Mietvorauszahlungen.

Die Summe aller Finanzierungsmittel, die den geplanten Gesamtherstellungskosten entspricht, wurde 1969 auf insgesamt 349 Mill. DM veranschlagt, was einen Rückgang um 11% gegenüber dem Vorjahr bedeutet. An der Gesamtfinanzierung der Sozialwohnungen beteiligte sich die öffentliche Hand mit 86 Mill. DM (25%). Hinzu kommen Kapitalmarktmittel von knapp 135 Mill. DM (39%) und 128 Mill. DM sonstige Mittel (37%). Gegenüber den beiden Vorjahren änderte sich die prozentuale Verteilung auf die drei Finanzierungsquellen nur unwesentlich. Interessante Hinweise zu der wichtigen Frage, inwieweit die extrem hohen Kapitalmarktzinsen die Finanzierung von Bauvorhaben des sozialen Wohnungsbaues beeinflussen können, lassen sich aus einer tieferen Aufgliederung der Kapitalmarktmittel gewinnen. In Rheinland-Pfalz entfallen dabei auf Gelder der Sparkassen rund 58% (Bundesdurchschnitt 45%), auf Bausparkassen 16% und auf Pfandbriefinstitute 10% der gesamten Kapitalmarktmittel. Die Privat- und Sozialversicherungen erreichten Anteile von je 8%. Während die Hypothekenzinsen der Pfandbriefinstitute und Bausparkassen für die Dauer der Laufzeit in der Regel konstant bleiben, sind die Sollzinsen der Sparkassen meist mit dem Diskontsatz gekoppelt. Da je nach Annahme über die Zusammensetzung der Finanzierungskosten eines Hauses eine Zinssteigerung

Finanzierungsmittel der bewilligten Sozialwohnungen 1960-1969

Jahr	Ins- gesamt	Öffentliche Mittel		Kapitalmarkt- mittel		Sonstige Mittel	
		1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
1960	205 924	66 250	32,2	64 513	31,3	75 161	36,5
1961	273 627	74 963	27,4	98 062	35,8	100 601	36,8
1962	358 130	91 898	25,7	137 890	38,5	128 341	35,8
1963	336 791	76 631	22,8	137 422	40,8	122 738	36,4
1964	390 907	86 291	22,1	146 920	37,6	157 696	40,3
1965	431 835	123 579	28,6	142 060	32,9	166 195	38,5
1966	318 072	91 240	28,7	107 498	33,8	119 334	37,5
1967	389 227	101 226	26,0	138 893	35,7	149 108	38,3
1968	393 855	91 168	23,1	157 833	40,1	144 854	36,8
1969	348 873	86 413	24,8	134 567	38,6	127 893	36,6

um ein Prozent einer Baupreissteigerung um sechs bis acht Prozent entspricht, könnte sich der in Rheinland-Pfalz relativ hohe Anteil der Sparkassen an der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues hemmend auf die weiteren Bauplanungen auswirken.

Baukosten

Die geplanten Gesamtherstellungskosten für Sozialwohnungen in vollgeforderten reinen Wohnbauten beliefen sich im Jahre 1969 auf rund 255 Mill. DM. Knapp drei Viertel dieser Summe (74%) entfielen auf reine Baukosten, deren Anteil vor zehn Jahren noch bei 83% lag. Rationalisierungsbemühungen und wachsender Konkurrenzdruck im Baugewerbe dürften zu dieser Entwicklung entscheidend beigetragen haben. Die reinen Baukosten je Wohnung stiegen gegenüber 1968 um 7%, die Preise je Kubikmeter umbauten Raumes und je Quadratmeter Wohnfläche erreichten 105 DM (+ 4%) bzw. 564 DM (+ 5%). Verteilt man die Kosten der Wohnbauten, bei denen Erwerbs- und Erschließungskosten anfielen, auf die einzelnen in der Bewilligungsstatistik ausgewiesenen Kostenträger, so waren im Landesdurchschnitt für eine Sozialwohnung 67 000 DM veranschlagt. Davon entfielen 47 800 DM (71%) auf die Kosten des Gebäudes, 6 000 DM (9%) auf Baunebenkosten (Architekten, Makler- und Notarkosten, Bauzinsen), 5 500 DM (8%) auf die Kosten der Außenanlagen, 5 200 DM

Veranschlagte Gesamtherstellungskosten der bewilligten Sozialwohnungen¹⁾ 1960-1969

Jahr	Ins- gesamt	Reine Baukosten				
		1 000 DM	% der Gesamt- kosten	DM je Wohnung	DM je cbm	DM je qm
1960	154 444	126 665	82,0	26 154	63	338
1961	223 106
1962	282 621	229 644	81,3	31 930	73	389
1963	282 638	223 285	79,0	37 060	83	449
1964	312 097	249 450	79,9	41 506	91	497
1965	311 777	247 639	79,4	44 507	96	531
1966	238 460	182 922	76,7	49 545	99	550
1967	262 036	196 854	75,1	46 373	98	530
1968	297 422	219 110	73,7	45 772	101	535
1969	254 982	187 722	73,6	48 962	105	564

1) Nur vollgeforderte reine Wohnbauten (Errichtung neuer Gebäude).

(8%) auf Baugrundstückswerte und Erwerbskosten sowie 2 500 DM (4%) auf Erschließungskosten der einzelnen Baugrundstücke.

Wohnungsgröße

Die Durchschnittswohnung im sozialen Wohnungsbau des Jahres 1969 umfaßte 4,9 Räume mit einer Wohnfläche von 85 qm und einem umbauten Raum von 465 cbm. Eine Differenzierung nach den beiden bedeutendsten Bauherrngruppen zeigt erhebliche Unterschiede in der Wohnungsgröße. Die durchschnittliche Wohnfläche bei privaten Haushalten als Bauherren liegt bei 111 qm, bei gemeinnützigen Wohnungsunternehmen dagegen nur bei 76 qm. Die Differenz von 35 qm, die sich gegenüber 1968 (30 qm) weiter vergrößerte, entspricht etwa zwei Normalräumen. Der Unterschied hängt eng mit der Tatsache zusammen, daß gemeinnützige

Bewilligte Sozialwohnungen¹⁾ nach Wohnungsgröße und Bauherren 1960-1969

Jahr	Insgesamt			Private Haushalte ²⁾		Gemeinnützige Wohnungs- und ländl. Siedlungsunternehmen ²⁾	
	Raum- zahl	cbm	qm	cbm	qm	cbm	qm
	je Wohnung						
1960	4,5	416,8	77,4	465,2	82,1	347,2	70,9
1961	4,5	.	76,2	471,0	82,8	332,7	66,2
1962	4,6	434,9	82,1	489,2	86,0	347,5	71,9
1963	4,7	446,2	82,5	530,1	89,5	369,7	76,2
1964	4,7	455,0	83,5	528,0	91,2	388,3	78,9
1965	4,7	464,0	83,9	554,3	93,7	369,9	74,4
1966	4,9	499,6	90,1	599,0	99,7	416,8	82,8
1967	4,8	474,5	87,4	635,0	105,3	360,0	74,7
1968	4,7	453,1	85,5	624,3	104,3	361,2	74,3
1969	4,9	465,1	85,1	687,2	110,5	368,1	74,5

1) Nur vollgeforderte reine Wohnbauten (Errichtung neuer Gebäude). -
2) Ab 1961 nur vollgeforderte reine Wohnbauten, bei denen Baugrundstücks- und Erwerbskosten ausgewiesen waren.

Wohnungsunternehmen vorwiegend Mehrfamilienhäuser bauen, deren Mietwohnungen in der Regel kleiner ausfallen, private Bauherren dagegen Ein- und Zweifamilienhäuser mit Eigentümerwohnungen bevorzugen.

Eine Unterscheidung der Sozialwohnungen nach der Raumzahl zeigt, daß das Schwergewicht weiter bei den Vierraumwohnungen (28%) liegt, gefolgt von den Fünfraum- (23%) und den Dreiraumwohnungen (18%). Während bei den Mehrfamilienhäusern die Vierraumwohnung als Standardwohnung klar an der Spitze liegt (46%), ist bei den Ein- und Zweifamilienhäusern eine Verschiebung zu den Fünf- (32%) und Sechsräumwohnungen (33%) zu verzeichnen. Wegen des relativ hohen Anteils der Ein- und Zweifamilienhäuser sowie der starken Förderung der für kinderreiche Familien vorgesehenen Sozialwohnungen, hat jede zweite Wohnung in Rheinland-Pfalz (52%) fünf und mehr Räume. Im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil dieser Wohnungen dagegen nur bei knapp 31%.

Bei 53% der Sozialwohnungen (nur Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern) lag die vorgesehene Kostenmiete in der Gruppe von 2,70 bis 2,89 DM je qm Wohnfläche. Auf die benachbarten Preisgruppen (2,90 bis 3,09 DM und 2,50 bis 2,69 DM) entfielen 21 bzw. 12%. In welchem Umfang die erhöhten Finanzierungskosten sowie die Baupreissteigerungen 1969/70 auf die Kostenmieten im sozialen Wohnungsbau durchschlagen werden, wird eine Analyse des Jahresergebnisses für 1970 zeigen.

3. Zweiter Förderungsweg

Neben dem traditionellen öffentlichen Wohnungsbau im Sinne des ersten und zweiten Wohnungsbaugesetzes werden in der amtlichen Bewilligungsstatistik seit 1968 auch die Maßnahmen des sogenannten zweiten Förderungsweges erfaßt, die in den letzten Jahren eine wachsende Bedeutung erlangten. Es handelt sich dabei um Bauvorhaben, die mit direkten staatlichen Hilfen außerhalb des öffentlich geförderten Wohnungsbaues begünstigt werden. Durch diesen Förderungsweg soll auch solchen Personen ein Bezug von Wohnungen ermöglicht werden, die wegen Überschreitung der ein-

gangs erwähnten Einkommensgrenzen keine Sozialwohnung erhalten und auch nicht in der Lage sind, die Miete für eine nichtsubventionierte steuerbegünstigte Wohnung aufzubringen. Nach Auslaufen der beiden Investitionsprogramme der Bundesregierung, die das Jahresergebnis 1968 noch stark beeinflussten, spielen im Berichtsjahr 1969 für Rheinland-Pfalz folgende Begünstigungsprogramme eine Rolle: Mittelstandsprogramm, Annuitäts- und Zinszuschüsse nach § 88 des zweiten Wohnungsbaugesetzes und Wohnungsbauprogramm für Industriebeschäftigte.

Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz im Berichtsjahr 2 135 Wohnungen durch Maßnahmen des zweiten Förderungsweges begünstigt. Faßt man den öffentlich geförderten und den begünstigten Wohnungsbau zusammen, so erreicht letzterer am gesamten Förderungsvolumen des Jahres 1969 in Höhe von knapp 6 500 Einheiten einen Anteil von 33% (Vorjahr 30%). Vergleichsweise entfielen 1969 im Bundesdurchschnitt auf diese Förderungsform 21% und 1968 rund 27%. Von den in Rheinland-

Pfalz insgesamt zur Verfügung gestellten Mitteln von 5,5 Mill. DM stammten vier Fünftel aus Darlehen des öffentlichen Haushalts und ein Fünftel aus kapitalbezogenen Annuitäts- und Zinszuschüssen. Der Gesamtbetrag der subventionierten Hypotheken lag bei rund 25 Mill. DM. Die begünstigten Wohnungen waren zu 70% als Eigentümerwohnungen (einschließlich eigengenutzte und Kaufeigentumswohnungen) und zu 30% als Mietwohnungen vorgesehen. Diese, unter dem Gesichtspunkt der Eigentumsbildung wichtige, Aufteilung hängt natürlich eng mit den Zielsetzungen der einzelnen Förderungsprogramme zusammen. Entsprechend der Zweckbestimmung des Mittelstandsprogramms handelt es sich bei den begünstigten Bauvorhaben ausschließlich um Ein- und Zweifamilienhäuser, wobei die Eigentümerwohnungen überwiegen. Dagegen wird durch die Sonderprogramme für Industriebeschäftigte vorwiegend die Errichtung von Mehrfamilienhäusern im Mietwohnungsbau gefördert.

Diplom-Volkswirt K.-H. Zimmermann

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1969

Die 1961 eingeführte amtliche Statistik der Auftragsvergaben im Tiefbau dient, ergänzend zur monatlichen und jährlichen Bauberichterstattung, als Instrument zur Beobachtung der Konjunktur im Tiefbaugewerbe, insbesondere als vorausschauender Konjunkturindikator. Sie umfaßt die Aufträge der öffentlichen Hand ab 25 000 DM, wobei Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern außer Betracht bleiben. Auskunftspflichtig sind die auftragsvergebenden Stellen des Bundes, der Länder, der Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern, der Gemeindeverbände, der sonstigen juristischen Personen öffentlichen Rechts und der juristischen Personen privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist. Da die methodischen Grundlagen im Berichtsjahr unverändert blieben, sind die vorgelegten Ergebnisse mit denen vergangener Jahre voll vergleichbar.

1. Auftragsvolumen

Im Jahre 1969 wurden in Rheinland-Pfalz öffentliche Tiefbauaufträge im Werte von 921 Mill. DM vergeben. Das bisherige Rekordergebnis aus dem Jahre 1968 wurde damit um fast 28% (Bundesdurchschnitt + 18%) übertroffen. Vergleichsweise hierzu lag die Auftragssumme im Jahre 1966 erst bei 490 Mill., im folgenden Jahr bei 571 Mill. DM. Wie schon in den Vorjahren liegt Rheinland-Pfalz mit einer Auftragssumme von 255 DM je Einwohner weit über dem Bundesdurchschnitt von 209 DM und wird dabei nur von Schleswig-Holstein (290 DM) übertroffen. Die steigenden Vergabesummen der letzten Jahre verdeutlichen einmal die verstärkten Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Infrastrukturvorhaben, zum anderen wird ein Strukturwandel im Bereich der Bauwirtschaft deutlich, wobei dem stagnierenden Wohnungsbau ein überproportionales Wachstum des öffentlichen Baues, insbesondere des Tiefbaues, gegenübersteht. Die in der Zukunft ohne Zweifel wachsende Bedeutung des

öffentlichen Hoch- und Tiefbaues bewirkt aber auch eine größere Abhängigkeit der Bauwirtschaft von der öffentlichen Hand. Dies gilt nicht nur in bezug auf den Staat als Vertragspartner im privatrechtlichen Bereich, sondern auch als Hoheitsträger und der damit verbundenen Verantwortung für die Gestaltung der Finanz- und Konjunkturpolitik. Die sich gerade aus der zuletzt erwähnten Funktion des Staates für das Tiefbaugewerbe ergebenden Probleme werden deutlich, wenn man das Auftragsvolumen des ersten Halbjahres 1970 heranzieht (ohne Aufträge der Finanzbauverwaltungen). Durch die konjunkturpolitisch bedingten Haushaltskürzungen bzw. Sperrungen ergab sich in diesem Zeitraum gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert ein Rückgang um 40 Mill. DM oder 13%. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß in den angeführten Werten für 1970 zwei seit langem geplante Großprojekte mit einem Auftragsvolumen von 56 Mill. DM (darunter der Bau der Südtangente Koblenz) enthalten sind. Ohne diese beiden Aufträge ergäbe sich ein Rückgang um 30%. Für das zweite Halbjahr 1970 ist dagegen wieder mit einem Zuwachs zu rechnen, da durch die inzwischen verkündeten Stabilisierungsmaßnahmen die Auswirkungen der Konjunkturdämpfung auf die Einnahmeseite des Haushalts verlagert wurden. Ein Teil der bisher gesperrten Mittel, insbesondere für den Straßenbau, dürfte dabei im weiteren Verlauf des Jahres 1970 sukzessive freigegeben werden. Das Rekordergebnis des Jahres 1969 wird aber kaum erreicht werden.

2. Baumaßnahmen

Eine Aufteilung des Gesamtauftragsvolumens auf die einzelnen Tiefbaumaßnahmen zeigt, daß auch 1969 das Schwergewicht beim Straßenbau lag.

Baumaßnahme	1965		1966		1967		1968		1969	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Straßenbauten	387 288	64,1	299 096	61,0	365 694	64,1	445 922	61,7	549 846	59,7
Straßenbrückenbauten	50 208	8,3	41 590	8,5	63 436	11,1	124 451	17,2	125 134	13,6
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	21 219	3,5	15 097	3,1	25 954	4,5	10 244	1,4	17 460	1,9
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	88 042	14,6	107 538	21,9	72 446	12,7	90 845	12,6	94 037	10,2
Sonstige Tiefbauten	57 796	9,5	27 089	5,5	43 211	7,6	50 995	7,1	134 950	14,6
Insgesamt	604 553	100,0	490 410	100,0	570 741	100,0	722 457	100,0	921 427	100,0

3. Auftraggeber

Wie schon in den vergangenen Jahren erwies sich auch im Berichtsjahr der Bund als der bedeutendste Auftraggeber von Tiefbauten in Rheinland-Pfalz. Mit rund 566 Mill. DM und einem Anteil von 62% an der Gesamtsumme aller Auftragsvergaben liegt er deutlich an der Spitze, gefolgt von den Gemeinden mit 23% und dem Land mit 8%. Ge-

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Bauherren und Baumaßnahmen 1965-1969

Bauherr	1965	1966	1967	1968	1969
1 000 DM					
Insgesamt					
Bund	281 010	196 384	294 030	424 184	566 354
Land	75 880	66 150	32 758	62 028	73 328
Gemeinden	162 156	143 567	167 437	171 358	211 356
Gemeindeverbände	45 740	39 032	43 982	47 847	46 164
Sonstige Bauherren	39 767	45 277	32 534	17 040	24 225
Insgesamt	604 553	490 410	570 741	722 457	921 427
Straßenbauten					
Bund	188 467	126 243	195 617	264 027	316 903
Land	67 685	60 393	24 641	56 161	60 943
Gemeinden	79 803	62 164	102 175	85 701	131 574
Gemeindeverbände	36 633	30 658	28 938	32 279	34 220
Sonstige Bauherren	14 700	19 638	14 323	7 754	6 206
Zusammen	387 288	299 096	365 694	445 922	549 846
Straßenbrückenbauten					
Bund	40 362	37 067	53 513	108 079	107 964
Land	7 139	2 759	5 560	3 618	9 490
Gemeinden	2 474	1 120	3 547	10 554	7 447
Gemeindeverbände	233	449	462	2 079	233
Sonstige Bauherren	-	195	354	121	-
Zusammen	50 208	41 590	63 436	124 451	125 134
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen					
Bund	12 004	13 242	23 101	8 959	15 454
Land	-	33	264	77	1 225
Gemeinden	7 229	1 822	2 589	1 208	781
Gemeindeverbände	1 420	-	-	-	-
Sonstige Bauherren	566	-	-	-	-
Zusammen	21 219	15 097	25 954	10 244	17 460
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten					
Bund	983	2 887	729	1 226	3 183
Land	657	2 601	1 417	387	1 018
Gemeinden	61 245	74 916	51 242	68 596	63 301
Gemeindeverbände	7 273	7 250	11 722	13 111	11 567
Sonstige Bauherren	17 884	19 884	7 336	7 525	14 968
Zusammen	88 042	107 538	72 446	90 845	94 037
Sonstige Tiefbauten					
Bund	39 194	16 945	21 070	41 893	122 850
Land	399	364	876	1 785	652
Gemeinden	11 405	3 545	7 884	5 299	8 253
Gemeindeverbände	181	675	2 860	378	144
Sonstige Bauherren	6 617	5 560	10 521	1 640	3 051
Zusammen	57 796	27 089	43 211	50 995	134 950

Rund 60% der Auftragswerte in Höhe von 550 Mill. DM entfielen auf Straßenbauten, knapp 14% auf Straßenbrückenbauten, 2% auf Tiefbauten an Bundeswasserstraßen, 10% auf wasserwirtschaftliche Tiefbauten und 15% auf sonstige Tiefbauten. Damit flossen in Rheinland-Pfalz fast drei Viertel (Bundesdurchschnitt 61%) aller von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellten Mittel in den Straßenbau im weiteren Sinn, das heißt einschließlich der Straßenbrückenbauten. In bezug auf die regionale Intensität der Tiefbautätigkeit, die an der Auftragssumme je Einwohner gemessen werden kann, liegt Rheinland-Pfalz im Straßenbau mit 185 DM erheblich über dem Bundesdurchschnitt von 127 DM und weit an der Spitze aller Bundesländer. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere des Straßennetzes, die entscheidende Komponente für die Stärkung der Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur darstellt. Eine forcierte Verkehrserschließung wirkt sich darüber hinaus positiv auf den Fremdenverkehr und auf die Verbesserung der Standortqualitäten für Industrieneuansiedlungen aus. Im Zusammenhang mit dem zweiten Ausbauplan für Bundesfernstraßen, dem weiteren Ausbau des Autobahnnetzes sowie dem vorgesehenen Neubau von Rhein- und Moselbrücken, ist auch für die kommenden Jahre mit einem starken Einsatz der finanziellen Mittel im Straßen- und Straßenbrückenbau zu rechnen.

Im Vergleich zum Vorjahr partizipierten alle Baumaßnahmen, wenn auch in verschiedenem Ausmaß, am Anstieg der Vergabesumme. An der Spitze liegen die Baumaßnahmen im sonstigen Tiefbau mit einer Steigerung gegenüber 1968 um 165%, gefolgt von Tiefbauten an Bundeswasserstraßen (+ 70%) und Straßenbauten (+ 23%). Der geringfügige Anstieg bei Straßenbrückenbauten hängt mit der in das Jahr 1968 gefallen Auftragsvergabe für das Großobjekt der Moselbrücke bei Winnigen zusammen, dessen Auftragssumme allein fast ein Viertel aller für Straßenbrückenbauten vorgesehenen Mittel umfaßte. Ohne Berücksichtigung dieses Bauvorhabens läge die Steigerung gegenüber 1968 bei mehr als 30%. Der überdurchschnittliche Anstieg im Bereich der sonstigen Tiefbaumaßnahmen ist wesentlich durch Investitionen der Bundesbahn und Bundespost bedingt (Gleisanlagen für Schienenbahnen einschließlich Bahnbrücken, Bahnunterführungen und Tunnelbauten, Verlegung von Fernmelde- und Signalanlagen).

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Baumaßnahmen, vorgesehenen Ausführungszeiten und Bauherren 1969

Baumaßnahme	Ins- gesamt	Mit einer vorgesehenen Ausführungszeit				Vom Bauherrn gestelltes Material
		bis 3 Monate	über 3 bis 6 Monate	über 6 bis 12 Monate	über 12 Monate	
		1 000 DM				
Insgesamt						
Straßenbauten	549 846	105 542	98 973	118 665	226 666	2 193
Straßenbrückenbauten	125 134	7 184	19 640	43 740	54 570	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	17 460	2 056	2 645	3 767	8 992	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	94 037	19 845	30 159	28 538	15 495	6 725
Sonstige Tiefbauten	134 950	19 931	34 628	72 264	8 127	4 142
Insgesamt	921 427	154 558	186 045	266 974	313 850	13 060
Bund						
Straßenbauten	316 903	37 796	44 076	72 367	162 664	-
Straßenbrückenbauten	107 964	4 744	13 437	38 615	51 168	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	15 454	1 608	2 451	2 403	8 992	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	3 183	506	2 151	526	-	-
Sonstige Tiefbauten	122 850	16 688	27 647	70 773	7 742	3 597
Zusammen	566 354	61 342	89 762	184 684	230 566	3 597
Land						
Straßenbauten	60 943	14 253	23 191	22 234	1 265	-
Straßenbrückenbauten	9 490	1 757	3 284	4 449	-	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	1 225	72	194	959	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	1 018	224	794	-	-	-
Sonstige Tiefbauten	652	229	423	-	-	-
Zusammen	73 328	16 535	27 886	27 642	1 265	-
Gemeinden						
Straßenbauten	131 574	37 999	19 847	14 411	59 317	2 180
Straßenbrückenbauten	7 447	654	2 715	676	3 402	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	781	376	-	405	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	63 301	15 222	19 836	19 098	9 145	5 892
Sonstige Tiefbauten	8 253	2 326	4 251	1 291	385	545
Zusammen	211 356	56 577	46 649	35 881	72 249	8 617
Gemeindeverbände						
Straßenbauten	34 220	11 340	10 707	8 753	3 420	-
Straßenbrückenbauten	233	29	204	-	-	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	11 567	915	1 600	7 644	1 408	708
Sonstige Tiefbauten	144	144	-	-	-	-
Zusammen	46 164	12 428	12 511	16 397	4 828	708
Sonstige Bauherren						
Straßenbauten	6 206	4 154	1 152	900	-	13
Straßenbrückenbauten	-	-	-	-	-	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	14 968	2 978	5 778	1 270	4 942	125
Sonstige Tiefbauten	3 051	544	2 307	200	-	-
Zusammen	24 225	7 676	9 237	2 370	4 942	138

genüber 1968 haben sich diese Relationen nur unwesentlich verschoben. Das überdurchschnittliche Engagement des Bundes in Rheinland-Pfalz wird noch deutlicher, wenn man zum Vergleich das Tiefbauvolumen der öffentlichen Hand im Bundesgebiet nach Bauherren differenziert. Hierbei entfallen auf den Bund 42%, auf die Länder 17% und auf die Kommunen 29% der erfaßten Auftragswerte. In diesem Zusammenhang muß noch erwähnt werden, daß die Statistik der Auftragsvergaben im Tiefbau bei der Erfassung der Bauherren den Auftraggeber erfaßt, der nicht notwendigerweise mit dem Geldgeber identisch ist. Deshalb werden die Zuschüsse des Landes an Gemeinden und Gemeindeverbände für kommunale Bauvorhaben nicht beim Land ausgewiesen, so daß eine konzeptionell bedingte Tendenz zur Untererfassung der Landesmittel vorhanden ist.

Zwischen der Art der Tiefbaumaßnahmen und den einzelnen Bauherren besteht ein enger Zusammenhang. Im Straßenbau dominiert der Bund als Auftraggeber mit einem Anteil von 58% an der Auftragssumme, gefolgt von den Gemeinden (24%) und dem Land (11%). Noch deutlicher ist das Übergewicht des Bundes beim Straßenbrückenbau (86%) und bei Tiefbauten an Bundeswasserstraßen (89%). Auftragsvergaben für wasserwirtschaftliche Tiefbauten fallen in der Regel in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden. Hierzu zählen Maßnahmen zur Gewinnung, Bevorratung, Nutzung und zum Verbrauch von Wasser, Abwasserbeseitigung, Fluß- und Bachregulierung. Der Anteil der Kommunen lag im Berichtsjahr bei 67%, der der Gemeindeverbände und sonstigen Bauherren bei 12 bzw. 16%. Da in Rheinland-Pfalz auch die Auftragsvergaben für wasserwirtschaftliche Tiefbauten von Gemein-

den mit weniger als 5 000 Einwohnern erfaßt werden, sei zur Abrundung des Gesamtbildes noch erwähnt, daß auf diese Gruppe ein Auftragsvolumen von rund 79 Mill. DM entfällt gegenüber 63 Mill. DM der Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern.

4. Vorgesehene Abwicklungsdauer

Für die Beurteilung der Auftragssituation im Tiefbaugewerbe spielt die Aufgliederung der vertraglich vorgesehenen Abwicklungsdauer, die wiederum von Größe und Schwierigkeitsgrad der Bauvorhaben abhängt, eine wesentliche Rolle. Dies insbesondere, weil die Bauwirtschaft nicht auf Vorräte oder Lager zurückgreifen kann und ihre Leistungen in der Regel nur „auf Bestellung“ erbringt. Die amtliche Tiefbaustatistik gliedert die erfaßten Aufträge nach vier vorgesehenen Ausführungszeiten in Sofortaufträge, die innerhalb von drei Monaten durchzuführen sind (Typ A), in kurzfristige Aufträge mit einer Abwicklungsdauer von drei bis sechs Monaten (Typ B), in mittelfristige Projekte mit einer Laufzeit von sechs bis zwölf Monaten (Typ C) und in langfristige Tiefbauaufträge, für deren Fertigstellung mehr als zwölf Monate veranschlagt sind (Typ D).

Im Berichtsjahr lag das Schwergewicht bei den Auftragsvergaben des Typs D mit einem Anteil von 34% am Gesamtvolumen, gefolgt von Typ C mit 29%, Typ B mit 20% und Typ A mit 17%. Gegenüber den Vorjahren zeigt sich eine deutliche Verlagerung zu Bauobjekten mit längerer Abwicklungsdauer. Während 1969 auf Typ D mehr als ein Drittel der Vergabesumme entfiel, lag der Anteil im Jahre 1967 noch bei 23%. Umgekehrt ging die Bedeutung der Vergaben nach Typ A im gleichen Zeitraum von 26% auf nunmehr 17% zurück.

Die Ausführungszeiten hängen eng mit dem jeweiligen Auftraggeber zusammen. Eine Differenzierung der eben erwähnten Globalzahlen zeigt, daß beim Bund das Schwergewicht bei Typ D (41%) liegt, da hier in der Regel größere Projekte (Autobahnen, Brückenbau) mit längeren Ausführungszeiten angetroffen werden. Beim Land als Bauherr ist eine Verschiebung auf die Typen B und C (je 38%) festzustellen, während bei den Gemeinden

Typ D (34%) und bei den Gemeindeverbänden Typ C (36%) dominiert.

5. Wertgrößeklassen

Erstmals für das Jahr 1969 wurden in Rheinland-Pfalz die in der Tiefbaustatistik erfaßten Aufträge der öffentlichen Hand nach sechs Wertgrößeklassen gegliedert. Hierbei konnten jedoch die Auftragswerte der Tiefbauten aus der koordinierten Vergabestatistik der Finanzbauverwaltungen, die das Statistische Bundesamt nur global den Statistischen Landesämtern mitteilt, für 1969 noch nicht berücksichtigt werden. Nach Abzug dieser Aufträge in Höhe von 110 Mill. DM verbleiben 2 294 Aufträge mit insgesamt 811 Mill. DM.

Tiefbauaufträge nach Wertgrößeklassen
(ohne Finanzbauverwaltungen)

Wertgrößeklasse	Fälle		Wert	
	Anzahl	%	1 000 DM	%
25 000 - 50 000 DM	676	29	21 218	2
50 000 - 100 000 "	471	20	34 124	4
100 000 - 300 000 "	609	27	103 436	13
300 000 - 500 000 "	206	9	79 719	10
500 000 - 1 Mill. "	204	9	152 145	19
1 Mill. und mehr "	128	6	420 230	52
Insgesamt	2 294	100	810 872	100

Die zahlenmäßig meisten Aufträge (29% der Gesamtzahl) fielen in die Gruppe von 25 000 bis 50 000 DM, der wertmäßige Anteil dieser Gruppe lag dagegen nur bei rund 2%. Das umgekehrte Bild bietet sich bei der Gruppe mit über 1 Mill. DM. Hier entfallen auf 128 Aufträge allein 52% der gesamten Vergabesumme. Da diese Gruppe nach oben offen ist, liegt die durchschnittliche Höhe der Aufträge relativ hoch, nämlich bei 3,3 Mill. DM. In den unteren Gruppen bis 300 000 DM konzentrieren sich zwar mehr als drei Viertel aller Aufträge, ihr Anteil an der Gesamtvergabesumme erreicht allerdings nur knapp ein Fünftel. Für die Gruppen ab 300 000 DM liegt dementsprechend der wertmäßige Anteil (81%) erheblich über dem zahlenmäßigen (24%).

Diplom-Volkswirt K.-H. Zimmermann

Öffentliche Jugendhilfe 1969

Die Jugendwohlfahrtsbehörden, denen die Durchführung der zahlreichen gesetzlichen Maßnahmen zum Schutze der Jugend und zur Förderung der Jugendwohlfahrt obliegt, sind verpflichtet, über ihre Tätigkeit jeweils zum Ende eines Jahres entsprechende Zahlenangaben zu liefern. Die Ergebnisse dieser laufenden Statistik lassen indessen nicht den vollen Umfang ihrer Tätigkeit erkennen, weil sich die Angaben hierzu nur auf einige der bedeutendsten und zahlenmäßig meßbaren Maßnahmen erstrecken können. Sie gewähren jedoch einen ausreichenden Überblick über die Entwicklung der Jugendbetreuung und das vielschichtige Aufgabengebiet der Jugendwohlfahrtsbehörden. Die Zahlenangaben, welche für diese Statistik zu machen

sind, beziehen sich auf den Aufwand, das heißt auf die Ausgaben und Einnahmen der Jugendhilfeträger, auf die bedeutendsten Maßnahmen der Jugendhilfe und auf die Einrichtungen, welche der Unterbringung Jugendlicher dienen.

1. Finanzieller Aufwand

Haushaltsausgaben der Jugendwohlfahrtsbehörden und finanzieller Aufwand der öffentlichen Jugendhilfe sind nicht identisch. Die in den Berichten zur Jugendhilfestatistik zu machenden Angaben über die finanzielle Belastung umfassen ausschließlich die Kosten der Maßnahmen als solche. Verwaltungskosten, Personalausgaben, Zuschüsse zur Errichtung von Gebäuden

und dergleichen, wie sie außerdem noch in den Haushaltsausgaben nachgewiesen werden müssen, sind darin nicht enthalten.

Der Aufwand, den die Durchführung der Jugendhilfe-Maßnahmen im Jahre 1969 verursachte, belief sich auf über 47,6 Mill. DM. Er war um nahezu 6 Mill. DM höher als im Vorjahre. Das entspricht einer Ausgabensteigerung um mehr als 13%. Die Kosten der Maßnahmen stiegen teilweise sogar sehr stark an, und nur in einigen wenigen Fällen gingen sie in verhältnismäßig geringem Umfang zurück.

Bei den Maßnahmen der Jugendhilfe wird in solche außerhalb und innerhalb von Einrichtungen unterschieden. Kostenmäßig spielt die Unterbringung in Einrichtungen die überragende Rolle. Für sie wurden im Jahre 1969 fast 31 Mill. DM aufgewendet, während für solche außerhalb nur etwas über 5 Mill. DM anfielen. Das entspricht einer Erhöhung der Mittel um 12 bzw. 16%. Auch die Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe, die ihnen für die Mitarbeit auf diesem Gebiet zugingen, erhöhten sich um mehr als 1,7 Mill. DM auf rund 12 Mill. DM. Die dem Aufwand nach bedeutendste Maßnahme war wie bisher die Unterbringung in Heimpflege, denn auf sie kamen fast 14 Mill. DM oder rund 28% des Gesamtaufwandes. Das sind 13% mehr als im Jahr zuvor. Da die Zahl der Unterbrachten abnahm, ist diese Zunahme zweifellos auf eine nicht unwesentliche Steigerung der Unterbringungskosten zurückzuführen. Die Betreuung von Jugendlichen in Familienpflege beanspruchte weitere 2,8 Mill. DM, über 15% mehr als 1968.

Erheblich gestiegen, und zwar um mehr als 21%, sind die Ausgaben für die Kindertagesstätten. Hierfür sind fast 10 Mill. DM angefallen, wovon mehr als die Hälfte als Zuwendungen an die Verbände der freien Jugendhilfe ging. Dieser Zuschuß erhöhte sich um mehr als 24%, weshalb offenbar die Ausweitung dieser Maßnahme mehr im Bereich der freien Jugendhilfe zu suchen ist. Sicher dürfte auch sein, daß sich hier das Bemühen der Landesregierung, die Einrichtung und bessere räumliche und personelle Ausstattung der Kindergärten stärker zu fördern, bereits bemerkbar macht.

Einen nicht unbeträchtlichen Posten im Gesamtaufwand stellten bisher immer die Ausgaben für die Erziehungsmaßnahmen dar. Sie stiegen früher von Jahr zu Jahr ständig an, sind aber seit 1968 rückläufig. Die dafür verausgabten Mittel gingen auch in diesem Jahr von 8 Mill. auf 7 Mill. DM um mehr als 13% zurück. Etwas mehr als die Hälfte dieses Betrages entfiel auf die freiwillige Erziehungshilfe, der Rest auf die Fürsorgeerziehung. Die Kosten für beide Maßnahmen gingen annähernd im gleichen Verhältnis zurück. Die Ausgaben für die Erholungspflege, die bereits 1968 eine erhebliche Steigerung erfuhren, erhöhten sich 1969 um weitere 21% auf über 5,3 Mill. DM. Rund 62% dieses Betrages machten die Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe aus, deren überragende Beteiligung an dieser Maßnahme dadurch zum Ausdruck kommt.

Mit fast 2,8 Mill. DM Ausgaben war auch die Freizeithilfe nicht ohne Bedeutung, zumal der dafür

aufgewendete Betrag um 39% über dem von 1968 liegt. An dieser Maßnahme hat die freiwillige Jugendhilfe ebenfalls einen nicht geringen Anteil, denn mehr als ein Viertel der angefallenen Kosten waren Zuschüsse an diese. Noch wesentlich stärker (mit mehr als 55%) war die freie Jugendhilfe an den Maßnahmen zur außerschulischen Bildung beteiligt, für die insgesamt rund 1 Mill. DM an Ausgaben nachgewiesen wurden. Dieser Betrag war nur um wenig geringer als im Vorjahre. Unter den Begriff sonstige Ausgaben fallen in der Hauptsache Kosten für die Unterbringung und Erziehung nicht-seßhafter Jugendlicher. Es handelt sich hier um einen Betrag von etwas über 2,5 Mill. DM, welcher den von 1968 um 23% übersteigt. Diese Maßnahmen sind überwiegend mit einer Heimunterbringung verbunden, denn über drei Viertel der Kosten

Ausgaben der öffentlichen Jugendhilfe nach Ausgabearten und Trägern 1969

Ausgabeart Träger	Ins- gesamt	Maßnahmen der Jugendwohlfahrts- behörden		Zuschüsse an Träger der freien Jugend- hilfe
		außerhalb von Ein- richtungen	in Ein- richtungen	
	1 000 DM			
Unterbringung in Familienpflege	2 806	2 806	-	0
Unterbringung in Heimpflege	13 546	-	13 545	1
Kindertagesstätten	9 741	-	4 424	5 317
Erholungspflege	5 349	350	1 683	3 316
Freiwillige Er- ziehungshilfe	3 811	10	3 801	-
Fürsorgeerziehung	3 190	14	3 176	-
Alle übrige Maß- nahmen	9 209	1 968	4 097	3 112
Insgesamt	47 652	5 148	30 726	11 746
Kreisfreie Städte	18 115	2 294	12 458	3 363
Landkreise	16 293	2 585	9 515	4 162
Landesjugendamt	13 244	269	8 753	4 221

entfallen auf die Hilfe in Einrichtungen. Wesentlich gestiegen sind entsprechend der zunehmenden Bedeutung dieser Maßnahme wiederum die Ausgaben für die Erziehungsberatung. Sie kamen 1969 knapp an 1 Mill. DM heran und erhöhten sich gegenüber dem Vorjahre um weitere 27%. Auch an dieser Maßnahme war die freie Jugendhilfe verhältnismäßig stark beteiligt, denn an sie fielen über 53% der Zuwendungen für diesen Zweck.

Die Einnahmen gingen indessen um über 5% zurück. Das bedeutet, daß bei erheblich gestiegenen Ausgaben nur 16% des Aufwandes gegenüber noch 19% im Jahre 1968 kompensiert werden konnten. Der Anteil aus Kostenbeiträgen der Hilfeempfänger selbst, der zum Unterhalt Verpflichteten und der Sozialleistungsträger belief sich weiterhin auf 84%, jedoch war der dafür ausgewiesene absolute Betrag geringer als 1968. Eine weitere, jedoch nicht gravierende Verminderung brachte der Wegfall des Nachweises über die Zuweisungen des Bundes. Annähernd gleichgeblieben ist der Betrag, der als sonstige Einnahmen anfiel.

2. Maßnahmen

Pflegeaufsicht

Die Zahl der Kinder unter Pflegeaufsicht war auch im Jahre 1969 weiterhin rückläufig. Am Ende

des Jahres stellte sie sich auf 29 543 Personen, 1 264 weniger als im Vorjahre. Die Abnahme war mit — 4% im Vergleich zu der im vorangegangenen Jahr wesentlich stärker. Von den Kindern befanden sich etwas über 3 700 in Familienpflege. Der weit-aus größte Teil der unter Pflegeaufsicht Stehenden (96%) waren uneheliche Kinder. Von diesen be-fanden sich 91% unter Aufsicht bei ihren Müttern. Nur ein kleiner Prozentsatz, nicht ganz 3%, der bei den Müttern verbliebenen Kinder war von dieser Aufsicht befreit. Die bisher sich stetig mindernde Zahl an Neuzugängen von außerehelich Geborenen war im Jahre 1968 nicht unerheblich gestiegen, ging aber im Berichtsjahr wieder zurück. Die Zahl von 2 745 unehelich Geborenen war um 324 geringer als 1968. Auch die Geburtenstatistik weist 1969 einen leichten Rückgang in der Zahl der unehelich Neugeborenen aus. Da jedoch die Zahl der Lebend-geborenen prozentual stärker zurückging, stieg der Anteil der unehelichen Kinder an dieser Personen-gruppe von 4,2 auf annähernd 4,4%.

Amtsvormundschaft

Die Zahl der am Jahresende unter Amtsvormund-schaft stehenden Minderjährigen war um 814 gerin-ger als zu Beginn des Jahres. Von den rund 30 000 Mündeln wurden 94% als uneheliche Kinder ausge-wiesen. Die gesetzliche Amtsvormundschaft über-wog bei weitem (93%), wenn auch der Anteil der bestellten (7%) wiederum etwas größer geworden ist. Der letztgenannte Anteil ist in den vergange-nen zehn Jahren fast immer gestiegen, lag aber 1968 noch unter 7%. Auch im Berichtsjahr ist die Fluktuation wie in den vergangenen Jahren ver-hältnismäßig gering geblieben. Die Zu- und Ab-gänge machten 1969 nur 15 bzw. 17% aus. 31% der Zugänge entfielen auf Übernahmen von anderen Jugendämtern. Amtsvormundschaften wurden für 322 Personen neu bestellt, von welchen nur ein geringer Anteil uneheliche Kinder waren. Mehr als die Hälfte der Abgänge kam auf die Überweisun-gen an andere Jugendämter und auf das Ausschei-den durch Volljährigkeit. Bei etwa 18% der Ab-gänge war die elterliche Gewalt auf die Mutter übertragen worden, und fast ebenso viele Perso-nen schieden aus, weil sie durch eine nachfolgende Ehe legitimiert wurden. Die Adoptionen machten ungefähr 6% der Abgänge aus. Absolut war es fast die gleiche Anzahl von Fällen wie im Vorjahre.

Die Zahl der Adoptionen belief sich 1969 auf 430, das sind 17 weniger als 1968. Von den Adoptierten war etwas mehr als die Hälfte Mädchen. Der über-wiegende Teil der Kinder, nämlich 345, wurde von deutschen Staatsangehörigen aufgenommen, in 101 Fällen von Verwandten. Durch US-Bürger sind 77 Kinder, davon 39 ebenfalls von Verwandten, adoptiert worden. Nur in einigen wenigen Fällen wurden Kinder von sonstigen ausländischen Staats-angehörigen an Kindes Statt aufgenommen. Am Jahresende standen noch 236 Adoptivstellen offen, für die keine Kinder vorgeschlagen werden konnten.

Vaterschaftsfeststellungen

Zu Beginn des Berichtsjahres standen 1 250 Fälle von Vaterschaftsfeststellungen zur Erledigung an. Während des Jahres kamen noch 2 851 Fälle hinzu. Von diesen betrafen fast 13% Ausländer, über-wiegend Angehörige fremder Streitkräfte. Erledigt wurden 2 802 Fälle, davon ein erheblicher Teil (39%) durch freiwillige Anerkennung. Durch Legi-timation wurden weitere 11% der Fälle erledigt und in 412 (15%) konnte der Vater nicht festgestellt werden. Durch erfolgreiche Klagen wurden etwa 19% der Fälle abgeschlossen. Für andere Jugend-ämter sind weitere 523 Vaterschaftsfeststellungen erledigt, aber auch 311 Fälle an solche abgegeben worden.

Jugendgerichtshilfe

Im Berichtsjahre wurden von den Jugendämtern über 9 300 Fälle von Gerichtshilfe abgeschlossen. Im Laufe des Jahres waren jedoch über 9 800 Fälle neu zugegangen, etwa 128 weniger als 1968. Die Hälfte des Zugangs betraf Jugendliche zwischen 18 und 21 Jahren. An dieser Maßnahme war die männ-liche Jugend zu mehr als 88% beteiligt. Am Ende des Jahres standen noch über 3 000 Fälle zur Er-ledigung an.

Freiwillige Erziehungshilfe

Ende 1969 befanden sich 1 294 Minderjährige in freiwilliger Erziehungshilfe. Ihre Zahl ist gegen-über Anfang des Jahres nur um 12 geringer gewor-den, allerdings bei einem Zugang von 380 und einem Abgang von 392 Personen. Von den durch Überweisungen zugegangenen Personen - ohne die von anderen Ämtern übernommenen 18 Minder-jährigen - waren die Jugendlichen zwischen 15 und

Minderjährige unter Pflegeaufsicht, Amtsvormundschaft und Erziehungsbeistandschaft 1960-1969

Jahr	Pflegeaufsicht				Amtsvormundschaft			Erziehungsbeistandschaft (bis 1962 Schutzauufsicht)		
	ins- gesamt	Pflege- kinder	uneheliche Kinder bei der Mutter		ins- gesamt	gesetz- liche	bestellte	ins- gesamt	gesetzlich ange- ordnete	frei- willige
			unter Aufsicht	von der Aufsicht befreit						
1960	38 858	3 701	33 245	1 912	36 529	34 941	1 588	2 253	871	1 382
1961	39 041	3 769	33 322	1 950	36 633	35 028	1 605	2 138	788	1 350
1962	38 830	3 681	33 124	2 025	36 363	34 622	1 741	1 738	524	1 214
1963	38 324	3 920	32 219	2 185	35 766	33 963	1 803	303	254	49
1964	36 941	4 137	30 663	2 141	35 308	33 367	1 941	340	271	69
1965	33 733	4 242	28 698	793	34 226	32 183	2 043	351	264	87
1966	32 328	3 937	27 657	734	32 846	30 746	2 100	295	192	103
1967	31 234	3 989	26 487	758	31 819	29 600	2 219	289	179	110
1968	30 807	3 953	26 120	734	31 046	28 958	2 088	337	162	175
1969	29 543	3 736	25 135	672	30 232	28 003	2 229	300	141	159

Jahr	ins- gesamt	Jungen	Mädchen	Untergebrachte Minderjährige					
				zu- sammen	darunter: im Lehr-, Anlern- und Arbeits- verhältnis	in Er- ziehungs- heimen	in sonstigen Heimen	in Familien	in sonstigen Stellen
Freiwillige Erziehungshilfe									
1960	821	488	333	807	172	613	22	169	3
1961	843	493	350	836	131	604	28	200	4
1962	961	566	395	941	170	675	24	239	3
1963	1 189	691	498	1 166	326	816	35	294	21
1964	1 335	786	549	1 310	375	861	22	383	44
1965	1 332	797	535	1 298	445	848	25	371	54
1966	1 347	809	538	1 327	421	858	31	380	58
1967	1 329	784	545	1 307	428	852	27	367	61
1968	1 306	771	535	1 286	461	817	37	342	90
1969	1 294	799	495	1 270	294	791	32	375	72
Fürsorgeerziehung									
1960	1 887	1 033	854	1 837	374	964	57	796	20
1961	1 739	946	793	1 718	346	978	45	666	29
1962	1 709	910	799	1 665	331	987	57	607	14
1963	1 715	918	797	1 638	508	974	26	557	81
1964	1 673	880	793	1 631	596	909	22	619	81
1965	1 504	804	700	1 465	567	788	55	549	73
1966	1 464	791	673	1 430	590	764	40	530	96
1967	1 416	778	638	1 369	540	793	24	470	82
1968	1 393	797	596	1 355	639	750	30	480	95
1969	1 353	785	568	1 318	451	713	29	482	94

18 Jahren mit 53% die stärkste Altersgruppe, gefolgt von den zehn bis 15jährigen, die ein Drittel ausmachten. Die Altersgruppen von sechs bis zehn und von 18 bis 20 Jahren blieben dagegen nur noch verhältnismäßig gering besetzt. Der Anteil der Mädchen an den Zugewiesenen war mit etwas über 39% verhältnismäßig gering. Nach den Familienverhältnissen der Eingewiesenen unterschieden, kamen etwa 37% aus vollständigen Familien, 27% waren Kinder aus geschiedenen Ehen und etwa 20% uneheliche Kinder. Fast alle übrigen waren Waisen.

Bei knapp der Hälfte der 392 ausgeschiedenen Personen wurde der Erziehungszweck erreicht und für weitere 105 haben die Personensorgeberechtigten die Aufhebung dieser Maßnahme beantragt. Für weitere 29 Jugendliche wurde die Erziehung anderweitig sichergestellt und 23 sind an andere Erziehungsbehörden überwiesen worden. 41 Personen schieden aus, weil sie inzwischen die Volljährigkeit erreicht hatten. Die häufigste Art der Erziehung war die Heimerziehung. Mehr als 62% der Zöglinge befanden sich in Erziehungsheimen, die überwiegende Zahl (91%) in solchen von Trägern der freien Jugendhilfe. Verhältnismäßig häufig war mit über 22% auch die Erziehung in der eigenen Familie. Die übrigen Unterbringungsarten blieben dagegen zahlenmäßig von nur geringer Bedeutung. Von den Zöglingen standen 457 oder mehr als ein Drittel in einem Arbeitsverhältnis, davon 187 in einem Lehr- oder Anlernverhältnis. Die aus der Erziehung Entlassenen wurden zu einem Drittel bis zu zwei Jahren, nahezu die Hälfte zwischen zwei und fünf Jahre und rund 17% sogar fünf bis zehn Jahre als Zöglinge betreut. Nur fünf Personen befanden sich noch länger in freiwilliger Erziehungshilfe.

Fürsorgeerziehung

Zwischen der freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung besteht insofern ein Unter-

schied, als die Einweisung in die Fürsorgeerziehung gesetzlich angeordnet sein muß. Sie stellt eine stärkere Maßnahme dar, denn sie wird nur angeordnet, wenn alle möglichen Mittel der Erziehungshilfe versagt haben oder keinen Erfolg versprechen. Allerdings geht der Einweisung in endgültige Fürsorgeerziehung noch eine vorläufige voraus, die ein letzter Versuch sein soll, diese äußerste Maßnahme abzuwenden. Auch dieser Versuch ist meist erfolglos geblieben, wie die bisherige Praxis beweist, denn es sind nur relativ wenige Fälle, in welchen die vorläufige nicht in die endgültige Fürsorgeerziehung übergeleitet werden muß. In vorläufige Fürsorgeerziehung wurden während des Jahres weitere 223 Jugendliche eingewiesen und 247 schieden aus. Von den Abgängen wurden allein 200 Personen in die endgültige Fürsorgeerziehung übergeführt und nur für 33 wurde diese Maßnahme aufgehoben. In endgültiger Fürsorgeerziehung befanden sich Ende 1969 noch 1 254 Personen, nur 18 weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die zwangsmäßige Fürsorgeerziehung blieb daher wie bisher weiterhin leicht rückläufig. Bemerkenswert ist noch, daß der Anteil an weiblichen Zöglingen in der Fürsorgeerziehung größer ist als bei der freiwilligen Erziehungshilfe. Der Zugang von 273 Personen bestand zu weit über der Hälfte aus Minderjährigen im Alter zwischen 15 und 18 Jahren, und weitere 39% gehörten der Altersgruppe von zehn bis 15 Jahren an. Der größte Anteil der Neuzugewiesenen kam zwar aus vollständigen Familien, doch 39% waren Kinder aus geschiedenen Ehen und uneheliche Kinder.

Bei 146 der 281 im Laufe des Jahres entlassenen Personen wurde der Erziehungszweck erreicht, 74 schieden mit Erreichen der Volljährigkeit aus. In 36 Fällen wurde der Erziehungszweck anderweitig sichergestellt. Auch in der Fürsorgeerziehung steht die Heimerziehung an erster Stelle. Über die Hälfte

Örtliche Einrichtungen und verfügbare Plätze der Jugendhilfe nach Art der Einrichtungen 1969

Art der Einrichtungen	Einrichtungen				Verfügbare Plätze			
	insgesamt	Öffentliche Hand	Träger der freien Jugendhilfe	Private gewerbliche Träger	insgesamt	Öffentliche Hand	Träger der freien Jugendhilfe	Private gewerbliche Träger
Säuglingsheime	16	1	12	3	608	21	452	135
Kinderheime	51	4	36	11	3 136	216	2 628	292
Erziehungsheime	26	2	24	-	3 405	629	2 776	-
Kinderkrippen	15	9	6	-	558	407	151	-
Kindergärten	1 239	203	1 021	15	85 056	11 924	72 569	563
Kinderhorte	57	24	31	2	2 260	925	1 285	50
Kur-, Heil-, Genesungs- und Erholungsheime für Minderjährige	43	5	21	17	2 950	298	1 808	844
Tageserholungsstätten für Minderjährige	31	14	16	1	-	-	-	-
Ferienkolonien, feste Zeltlagerplätze	42	11	28	3	-	-	-	-
Jugendherbergen	51	4	41	6	7 057	372	6 145	540
Jugendfreizeitstätten, Heime der offenen Tür, Häuser der Jugend u.ä.	48	10	37	1	-	-	-	-
Jugendverbandsheime, Jugendgruppenheime	1 272	95	1 172	5	-	-	-	-
Jugendbüchereien	1 162	414	748	-	-	-	-	-
Jugendwohnheime	37	1	30	6	2 432	23	2 138	271
Schülerwohnheime	50	5	40	5	3 772	462	2 913	397
Übrige Einrichtungen	141	23	113	5	4 963	453	4 341	169
Insgesamt	4 281	825	3 376	80	116 197	15 730	97 206	3 261

der Zöglinge war in Erziehungsheimen, insbesondere in solchen der Träger der freien Jugendhilfe untergebracht. Nur in wenigen Fällen (56) befanden sich Zöglinge in Heimen der öffentlichen Hand. 28% der auf Anordnung zu erziehenden Minderjährigen waren in den eigenen Familien verblieben, die Erziehung in fremden Familien beschränkte sich auf etwa 100 Fälle. Die anderen Unterbringungsmöglichkeiten blieben wegen der geringen Zahl an Fällen ohne besondere Bedeutung.

Ebenso wie bei der freiwilligen Erziehungshilfe stand auch eine nicht unerhebliche Zahl von Zöglingen in einem Arbeitsverhältnis. Es waren 585 Personen, demnach etwa 43% der in der Fürsorgeerziehung Untergebrachten, die in einem Arbeitsverhältnis standen. Davon hatten 170 Personen Lehr- und Anlernstellen. Die Dauer der Fürsorgeerziehung war wesentlich höher als bei der freiwilligen Erziehungshilfe. Von den Entlassenen befanden sich 25% bis zwei Jahre, 44% zwei bis fünf Jahre, 21% sogar fünf bis zehn Jahre und etwas über 9% mehr als zehn Jahre in Fürsorgeerziehung.

3. Einrichtungen

Die Zahl der Einrichtungen erhöhte sich um 49 auf insgesamt 4 281. Diese Einrichtungen befanden sich zum überwiegenden Teil (etwa 78%) in Händen der freien Jugendhilfe, nur 19% waren Einrichtungen der öffentlichen Hand. Das Verhältnis dieser Anteile hat sich seit Jahren kaum verändert. Die Heime von privaten gewerblichen Trägern blieben ihrer Zahl nach weiterhin unbedeutend. Gegenüber dem Vorjahre ist zu den 80 bisher nachgewiesenen Einrichtungen nur noch eine hinzugekommen. Sie unterhalten vor allem Kinderheime, Kindergärten und Kur- und Erholungsheime für Minderjährige.

Fast 90 Einrichtungen mehr als 1968 wurden dagegen für die Träger der freien Jugendhilfe ausgewiesen, die in erster Linie Kindergärten, Jugendverbands- und Jugendgruppenheime sowie Jugendbüchereien unterhalten. Der Schwerpunkt des Betriebs solcher Heime liegt auch bei der öffentlichen Hand auf dem gleichen Sektor. Die stärkste Zunahme an Einrichtungen ist bei den Kindergärten festzustellen. Das bestätigt, daß das Bestreben der Landesregierung, die Errichtung von Kindergärten zu fördern, sich schon im vergangenen Jahr bemerkbar machte, denn die Träger der freien Jugendhilfe wiesen 1969 bereits 45 solche Einrichtungen mehr aus als 1968. Von den 1 272 Jugendverbands- und Jugendgruppenheimen wurden fast 92% von der freien Jugendhilfe betrieben, ebenso fast zwei Drittel der Jugendbüchereien. Auch von den 30 Erziehungsberatungsstellen, deren Zahl 1969 um weitere 3 zugenommen hat, werden 24 von den Trägern der freien Jugendhilfe unterhalten.

An freien Plätzen standen 1969 etwas über 116 000 zur Verfügung. Davon entfielen allein über 73% auf solche in Kindergärten. In diesen Einrichtungen wurden rund 3 700 Plätze mehr zur Verfügung gestellt als 1968. Im Durchschnitt waren in einem Kindergarten 69 Plätze vorhanden, in Kinderhorten konnten rund 40 Kinder unterkommen, und die Kur- und Erholungsheime hatten je 69 Plätze zur Verfügung. In den nachgewiesenen 51 Jugendherbergen gab es 7 057 Unterbringungsmöglichkeiten, durchschnittlich also 138 je Einrichtung. Die Erziehungsheime, welche fast ausschließlich von Trägern der freien Jugendhilfe unterhalten wurden, konnten rund 3 400 Personen aufnehmen. Das entspricht einem Mittelwert für die Kapazität eines Erziehungsheimes von 131.

Dr. Th. Walter

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 567	3 635	3 654	3 657	3 659	3 677	3 681
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 304	2 141	2 250	3 205	2 098	2 329	2 603	2 981	2 193
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	6,5	7,0	7,5	10,3	7,0	7,5	8,6	9,5 ^P	7,3 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	5 373	4 878	4 660	4 470	4 493	4 432	4 461	4 159 ^P	4 617 ^P
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	15,1	16,1	15,5	14,4	14,9	14,2	14,8	13,3 ^P	15,3 ^P
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ³⁾	Anzahl	3 345	3 685	3 798	3 513	3 397	3 844	3 372	3 296 ^P	3 642 ^P
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	9,4	12,2	12,6	11,3	11,3	12,3	11,2	10,5 ^P	10,0 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	129	118	96	106	121	121	102
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	24,2	20,6	23,7	26,9	27,3	22,9
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	2 028	1 193	862	957	1 096	588	1 089	863 ^P	975 ^P
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	5,7	3,9	2,9	3,1	3,6	1,9	3,6	2,8 ^P	3,2 ^P
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	10 083	9 092	10 751	8 978	9 541	10 297	12 218
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 074	8 735	9 323	7 594	7 683	8 105	9 473
* Wanderungsgewinn oder -verlust	Anzahl	1 009	357	1 428	1 384	1 858	2 192	2 745
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 017	11 172	11 382	10 063	9 692	8 956
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8,4	18,3	6,7	5,2	4,9	12,4	6,1	5,4	5,0
* Männer	1 000	6,8	14,5	4,4	3,2	2,9	9,6	3,4	2,8	2,6
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
Berufe	Anzahl	755	890	129	79	68	1 649	100	72	53
Bauberufe	Anzahl	948	2 253	331	137	116	1 533	229	116	86
Industrielle und handwerkliche Berufe										
Berufe	Anzahl	4 372	9 911	3 420	2 726	2 614	5 868	3 480	3 240	2 934
Offene Stellen										
Männer	Anzahl	27 607	19 460	31 392	33 207	34 845	36 020	35 952	36 578	38 235
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe	Anzahl	15 420	10 430	18 788	19 605	21 403	22 631	22 587	22 389	23 715
Berufe	Anzahl	327	342	404	398	367	534	458	417	450
Bauberufe	Anzahl	2 508	1 911	2 978	2 987	3 051	3 704	3 758	3 525	3 456
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	15 003	9 405	16 406	17 669	19 233	17 999	17 629	17 881	19 204
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	739	754	.	.	778	.	.	.	765
* Milchkühe	1 000	298	288	.	.	295	.	.	.	278
* Schweine	1 000	722	758	.	.	736	785	.	.	754
* Zuchtsauen	1 000	56	70	.	.	69	70	.	.	75
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	33	43	.	.	43	42	.	.	48
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	17	19	18	17	17	22	20	18	19
* Kälber	1 000	5	3	3	3	3	3	2	2	2
* Schweine	1 000	101	102	98	96	100	114	97	92	100
* Hausschlachtungen	1 000	24	21	20	14	10	25	20	13	9
* Schlachtmengen ⁵⁾	1 000 t	11,0	11,7	11,2	11,6	12,1	13,0	11,9	11,6	12,7
* Rinder	1 000 t	4,2	4,9	4,6	4,6	4,6	5,4	5,3	4,9	5,1
* Kälber	1 000 t	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2
* Schweine	1 000 t	6,4	6,7	6,4	6,7	7,3	7,3	6,4	6,6	7,4
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	310	417	548	411	275	656	564	356	237
* für Legehennenküken	1 000	17	17	22	20	20	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	17	17	22	20	20	-	-	-	-
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	18	53	66	41	39	35	65	59	55
Milch										
* Milchherzeugung an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	82	86	91	100	95	91	90	94	91
%		72,1	77,9	76,9	80,2	80,8	76,6	78,3	82,8	82,7
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	8,9	9,6	10,4	11,0	10,8	10,2	10,4	10,8	10,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	3 229	2 995	3 004	2 995	2 998	3 009	3 004	3 004	3 013
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	379	388	382	382	382	404	404	403	404
* Arbeiter 2)	1 000	294	294	289	288	289	306	305	303	304
* Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	48	47	46	45	44	49	51	44	48
Löhne und Gehälter (brutto)	Mill. DM	302	405	375	383	403	448	455	458	514
* Löhne (brutto)	Mill. DM	209	269	249	259	268	302	305	310	346
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	93	136	126	124	135	146	150	148	168
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	203	124	127	112	121	120	113	96	83
* Gasverbrauch (ohne Erdgas)	1 000 Nm 3	32 600	33 959	32 742	31 229	32 148	38 032	34 669	30 901	29 808
* Heizölverbrauch	1 000 t	117	174	169	151	144	228	199	180	169
* Stromverbrauch	Mill. kWh	592	738	708	714	715	874	797	791	792
* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	231	328	311	293	295	367	324	302	286
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 4)	Mill. DM	1 412	2 041	1 996	1 945	1 952	2 169	2 387	2 101	2 356
* Auslandsumsatz	Mill. DM	230	455	468	456	460	511	517	462	523
Index der industriellen Produktion 5)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	129	185	188	192	194	194	206	216	209 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	131	194	193	195	198	210	216	222	216 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	131	195	196	197	201	211	218	224	219
Energiewirtschaft	1962 = 100	115	152	145	141	141	180	172	173	161 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	137	202	202	202	207	218	241	234	235
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	119	138	149	163	167	111	158	178	186
Chemische Industrie	1962 = 100	151	237	235	228	232	269	289	270	271
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	128	247	238	250	275	274	261	302	295
Maschinenbau und Datenverarbeitung	1962 = 100	111	218	201	220	255	240	196	246	259
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	123	160	169	164	152	173	170	166	147
Schuhindustrie	1962 = 100	118	120	144	119	70	132	126	86	66
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	128	154	149	154	155	152	142	172	169
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	140	158	176	173	111	150	182	171
Handwerk 6)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	.	103	.	.	101	100
* Umsatz	VjD 1962 = 100	.	160	.	.	148	137
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	.	157	.	.	140	127
Öffentliche Energieversorgung										
* Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	170	242	247	237	220	287
Strombezug (netto)	Mill. kWh	474	595	541	552	545	674	690	682	...
Stromaufkommen	Mill. kWh	637	824	776	778	753	946	918	880	...
* Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm 3	12,1	0,6	0,6	0,4	0,3	1,0	0,8	0,4	0,3
* Gasbezug (netto)	Mill. Nm 3	52	103	96	78	76	149	128	97	...
* Gasaufkommen	Mill. Nm 3	57	104	97	78	77	150	129	98	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	99	91	92	92	92	85	88	89	90
Facharbeiter	1 000	51	50	50	50	53	45	46	47	50
Helfer und Hilfsarbeiter	1 000	33	27	28	28	26	26	27	28	26
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 994	12 651	14 078	14 828	14 421	9 527	13 936	13 403	14 867
Privater Bau	1 000	7 759	6 963	7 968	8 312	7 929	5 526	7 742	7 455	8 200
* Wohnungsbauten	1 000	4 899	4 780	5 533	5 917	5 581	3 521	5 192	4 970	5 355
Landwirtschaftliche Bauten	1 000	415	233	281	300	306	115	181	216	224
Gewerbliche Bauten	1 000	2 445	1 950	2 154	2 095	2 042	1 890	2 369	2 269	2 621
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	1 000	6 235	5 688	6 110	6 516	6 492	4 001	6 194	5 948	6 667
Hochbau	1 000	1 791	1 363	1 474	1 565	1 552	949	1 426	1 258	1 386
Tiefbau	1 000	4 444	4 325	4 636	4 951	4 940	3 052	4 768	4 690	5 281
Straßenbau	1 000	2 027	2 113	2 374	2 407	2 449	1 412	2 405	2 349	2 659
Löhne und Gehälter (brutto)	1 000 DM	75 603	83 558	88 721	94 587	93 070	65 298	99 766	108 078	117 319
* Löhne (brutto)	1 000 DM	69 161	75 178	80 656	86 353	84 896	56 535	90 818	98 883	107 481
* Gehälter (brutto)	1 000 DM	6 442	8 380	8 065	8 234	8 174	8 763	8 948	9 195	9 838
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	1 000 DM	217 848	219 942	155 755	184 736	225 749	145 054	184 671	189 898	249 348

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts. - 4) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 5) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 346	1 131	1 254	1 183	1 231	1 188	1 329	1 171	1 290
* Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	.	1 032	1 150	1 067	1 135	1 071	1 242	1 048	1 167
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 226	1 159	1 231	1 236	1 074	1 317	1 294	1 286	1 358
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	122 133	130 934	138 070	136 619	120 148	159 614	152 552	156 294	168 383
* Wohnfläche	1 000 qm	210	199	207	215	183	233	212	242	243
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	339	308	294	412	330	287	266	288	287
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 067	1 097	823	1 594	1 949	1 090	764	1 448	1 598
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	76 216	81 548	56 611	102 382	145 787	99 583	50 588	96 581	101 473
* Nutzfläche	1 000 qm	187	192	149	247	354	190	144	237	232
* Wohnungen insgesamt	Anzahl	2 790	2 344	2 436	2 558	2 560	2 808	2 370	2 630	2 643
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	1962 = 100	104	101	.	101	.	.	.	116	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	119	133	.	133	.	.	.	155	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	124	136	.	136	.	.	.	158	.
Leichttrennwand	1962 = 100	121	132	.	132	.	.	.	157	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahlbetonfertigteilen)	1962 = 100	117	122	.	121	.	.	.	148	.
Beton für Wände	1962 = 100	120	133	.	133	.	.	.	155	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	105	108	.	106	.	.	.	125	.
Innenwandputz	1962 = 100	127	138	.	136	.	.	.	165	.
Deckenputz	1962 = 100	129	139	.	136	.	.	.	165	.
Außenwandputz	1962 = 100	130	146	.	144	.	.	.	174	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	117	123	.	122	.	.	.	138	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	.	135	.	133	.	.	.	148	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	262,2	520,9	535,4	524,2	497,5	587,7	579,5	518,4	575,6
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	7,8	16,1	19,3	18,8	17,3	26,0	22,4	17,0	20,7
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	254,4	504,8	516,1	505,4	480,2	561,3	557,1	501,5	554,9
* Rohstoffe	Mill. DM	6,9	8,9	9,8	9,3	10,5	8,5	10,3	9,7	10,9
* Halbwaren	Mill. DM	21,8	27,0	28,1	25,3	25,4	30,2	30,4	27,4	32,1
* Fertigwaren	Mill. DM	225,7	468,9	478,3	470,8	444,4	523,0	516,4	464,3	511,9
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	119,9	192,4	185,7	193,8	184,5	208,4	202,8	190,6	205,7
* Enderzeugnisse	Mill. DM	105,8	276,5	292,6	276,9	259,9	314,6	313,6	273,8	306,2
Nach ausgewählten Verbrauchs-ländern										
* EWG - Länder	Mill. DM	88,3	203,5	209,6	202,2	205,3	230,9	224,0	192,3	218,5
Belgien - Luxemburg	Mill. DM	18,5	35,5	37,0	37,3	38,7	40,0	40,8	33,7	41,8
Frankreich	Mill. DM	27,0	82,7	87,9	83,8	82,3	83,7	85,5	76,2	78,2
Italien	Mill. DM	20,0	42,9	43,2	41,0	44,3	50,4	48,9	40,8	47,2
Niederlande	Mill. DM	22,8	42,4	41,4	40,2	40,0	56,9	48,8	41,6	51,4
* EFTA - Länder	Mill. DM	71,9	109,8	106,7	110,6	100,8	121,8	121,1	112,5	120,8
Dänemark	Mill. DM	7,5	12,1	10,9	13,4	10,3	12,3	13,4	11,1	12,5
Großbritannien	Mill. DM	17,3	20,5	21,3	21,6	21,1	22,4	21,2	23,1	23,6
Österreich	Mill. DM	13,2	21,8	22,1	22,2	18,1	20,9	25,3	21,4	24,6
Schweden	Mill. DM	10,5	16,1	16,6	16,5	13,7	19,6	17,9	15,9	15,0
Schweiz	Mill. DM	17,8	28,8	25,4	27,3	28,5	35,6	33,7	31,7	33,2
USA und Kanada	Mill. DM	17,6	32,5	37,0	34,8	33,3	36,9	36,5	31,3	37,7
Ostblockländer	Mill. DM	11,2	26,8	27,7	24,4	19,6	34,9	26,8	30,7	21,7
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	12 201	19 806	18 278	17 434	20 637	21 448	18 393	17 842	18 871
* Lieferungen	1 000 DM	32 468	37 773	33 884	36 764	32 496	34 862	44 080	35 603	36 230
Einzelhandel										
Beschäftigte	1962 = 100	98	96	96	96	95	96	94	95	95
* Umsätze	1962 = 100	122	143	139	144	132	150	150	148	153
Waren verschiedener Art	1962 = 100	158	212	190	199	175	207	199	201	199
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	114	127	128	134	125	132	132	135	141
Bekleidung, Wäsche, Sport-artikel und Schuhe	1962 = 100	114	133	125	142	107	150	136	146	130
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	122	143	124	133	126	149	159	146	158
Elektrotechn., feinmechanische und optische Erzeugnisse	1962 = 100	120	137	113	112	108	136	132	128	126
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	1962 = 100	127	137	146	145	146	151	175	144	179
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1962 = 100	107	114	118	121	117	105	109	114	121
Teilbeschäftigte	1962 = 100	185	175	177	194	172	171	183	187	215
* Umsatz	1962 = 100	132	145	139	160	154	130	133	175	177
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	142	175	171	192	229	144	149	236	258
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	132	143	138	158	150	128	130	170	169

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Fremdenverkehr										
in 241 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	206	215	185	265	263	146	177	284	...
* Auslandsgäste	1 000	41	50	35	59	68	22	32	64	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	767	792	638	888	1 041	546	604	950	...
* Auslandsgäste	1 000	81	114	76	120	157	48	65	131	...
Nach Gemeindegruppen										
Großstädte	1 000	82	87	85	104	97	76	90	105	...
Heilbäder	1 000	328	324	293	390	432	258	263	399	...
Luftkurorte	1 000	53	55	50	78	97	35	47	83	...
Erholungsorte 1)	1 000		114	60	104	155	54	55	115	...
Übrige Berichtsgemeinden	1 000	304	212	150	212	260	123	149	248	...
Verkehr										
Bundesbahn 2)										
Zugkilometer	1 000	2 974	3 207	2 992	3 077	3 213	3 216	3 292	3 169	3 582
Wagenachskilometer	1 000	120 148	131 654	124 907	128 815	131 859	130 946	138 870	133 350	152 736
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 235	1 408	1 330	1 374	1 405	1 402	1 486	1 435	1 667
Nettotonnenkilometer	Mill.	347	429	409	422	414	420	465	437	537
Gestellte Güterwagen	Anzahl	71 436	65 200	61 684	59 951	64 083	59 223	72 009	58 433	66 309
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	2 772	3 078	3 519	3 329	3 492	2 867	3 913	3 212	3 968
* Gütereingang	1 000 t	1 356	1 541	1 730	1 632	1 731	1 408	1 813	1 465	1 823
* Güterversand	1 000 t	1 416	1 537	1 789	1 697	1 761	1 459	2 100	1 747	2 145
Schiffs- und Güterdurchgangs- verkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 721	4 056	3 952	4 272	4 262	3 734	3 809	3 464	3 931
Ladung	1 000 t	3 472	2 927	3 125	3 418	3 396	3 005	3 095	2 853	3 183
Auslastungsgrad 3)	%	82	81	89	90	90	90	91	90	90
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 830	4 358	4 162	4 485	4 610	3 982	4 260	3 497	4 309
Ladung	1 000 t	1 246	1 418	1 537	1 726	1 717	1 673	1 845	1 391	1 725
Auslastungsgrad 3)	%	77	77	85	88	89	87	89	87	90
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 055	9 887	12 462	11 198	10 113	13 497	14 966	11 371	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	32	29	54	39	46	57	59	69	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	6 846	7 861	10 981	9 927	8 851	12 000	13 384	10 156	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	553	592	695	675	655	739	877	742	...
Zugmaschinen	Anzahl	546	521	651	514	518	630	569	355	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	262	303	452	477	415	456	514	506	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	20 990	22 061	19 828	21 428	21 496	22 804	24 360	23 755	25 485
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	19 968	20 084	18 512	19 354	19 258	20 991	21 940	21 090	22 387
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	634	1 629	1 078	1 614	1 641	1 606	2 132	2 076	2 413
Berufsverkehr	1 000	576	623	587	606	585	744	797	689	811
Schülerverkehr	1 000	56	1 003	489	1 007	1 054	861	1 334	1 386	1 602
Gelegenheitsverkehr	1 000	388	348	238	460	597	207	288	589	685
Ausflugsfahrten	1 000	92	87	82	105	145	47	59	123	163
Ferienziel-Reisen	1 000	1	1	2	2	2	0	1	1	3
Mietwagenverkehr	1 000	295	260	154	353	450	160	228	465	519
Wagenkilometer	1 000	8 951	10 223	8 954	10 858	11 257	9 418	10 174	11 491	12 753
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	5 696	6 570	5 883	6 519	6 729	6 764	6 857	7 705	7 261
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 592	1 684	1 512	1 846	1 951	1 640	1 669	2 168	2 033
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 104	4 887	4 371	4 673	4 778	5 124	5 188	5 537	5 228
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	3 508	4 156	3 769	3 935	3 977	4 309	4 388	4 610	4 386
* Getötete Personen	Anzahl	596	731	602	738	801	815	800	927	842
* Verletzte Personen	Anzahl	83	90	85	76	100	83	93	110	120
Schwerverletzte	Anzahl	2 216	2 418	2 238	2 690	2 806	2 408	2 432	3 270	2 937
	Anzahl	741	832	762	1 000	939	757	777	1 148	1 066
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	36 901	37 953	39 566	37 090	37 463	36 229	39 546	34 305	37 984
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 114	1 124	1 154	911	726	1 205	1 233	826	838
Telegramme	1 000	86	61	66	72	62	59	60	67	62
Postschekverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	773 166	882 250	833 977	887 831	835 137	959 866	1 093 090	1 049 090	1 108 209
Lastschriften	1 000 DM	772 416	881 000	834 923	884 474	825 021	947 359	1 098 756	1 023 153	1 112 355
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	9 164	12 770	11 618	10 683	12 334	14 617	15 106	12 531	16 342
Auszahlungen	1 000 DM	9 038	12 286	11 251	11 653	12 144	13 476	13 933	12 635	15 969
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	997	1 079	1 076	1 078	1 078	1 092	1 093	1 095	1 095
Fernsehrundfunk	1 000	595	889	883	886	886	928	931	935	937

1) Anerkannte Erholungsorte und Gemeinden mit einer mittleren Aufenthaltsdauer von mindestens 5 Tagen. - 2) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 3) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	10 036	17 732	15 228	15 323	15 568	18 245	18 369	18 567	18 844
* Kurzfristige Kredite 2) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 917	4 474	3 794	3 764	3 896	4 705	4 700	4 760	4 908
* Mittelfristige Kredite 3) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 863	4 398	3 688	3 670	3 793	4 629	4 620	4 687	4 811
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	1 294	1 851	1 584	1 616	1 634	1 969	2 006	2 010	2 052
* Langfristige Kredite 4) an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 188	1 713	1 468	1 499	1 515	1 828	1 865	1 870	1 913
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	3	6	2	2	2	10	10	10	10
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	5 826	11 406	9 850	9 943	10 038	11 571	11 663	11 797	11 884
* Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 461	9 215	7 835	7 913	7 991	9 336	9 408	9 528	9 602
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	372	1 618	1 587	1 587	1 591	1 600	1 601	1 602	1 611
6)										
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	8 531	15 844	15 119	15 521	15 352	15 988	16 147	16 412	16 547
* Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 944	5 028	4 933	5 275	5 049	4 976	5 098	5 325	5 406
* Spareinlagen	Mill. DM	2 258	4 018	4 121	4 377	4 166	4 005	4 109	4 134	4 319
* bei Sparkassen	Mill. DM	5 588	9 433	8 826	8 889	8 941	9 625	9 661	9 696	9 745
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	3 771	6 081	5 695	5 723	5 746	6 214	6 235	6 253	6 270
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	301	476	427	402	417	503	532	424	490
* Zinsgutschriften	Mill. DM	246	425	367	343	366	477	497	389	443
	Mill. DM	15	31	0	3	0	0	0	0	1
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse	Anzahl	11	14	19	16	12	15	12	11	19
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	-	1	2	2	-	7	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	2 391	1 848	1 901	2 030	1 967	1 660	1 659	1 583	1 793
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	3 286	3 073	3 928	3 772	3 047	3 221	3 755	4 617
Steuern										
* Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	256 725	346 816	268 964	243 423	464 370	448 813	268 576	227 456	462 076
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 021	206 560	111 325	100 315	331 161	372 444	123 279	114 906	360 045
* Lohnsteuer	1 000 DM	59 322	96 178	75 002	79 234	72 837	92 768	99 193	104 040	97 239
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 006	66 982	22 189	13 646	175 305	157 885	10 682	4 735	171 915
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	5 223	7 437	470	2 724	2 712	240	1 247	1 136	7 338
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	29 470	35 963	13 664	4 711	80 307	121 551	12 157	4 995	83 553
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	104 704	140 256	157 639	143 113	133 209	76 369	145 297	112 550	102 031
* Umsatzsteuer	1 000 DM	83 759	109 103	108 827	102 143	110 504	59 770	92 255	94 604	84 224
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 945	31 153	48 812	40 970	22 705	16 599	53 042	17 946	17 807
* Bundessteuern	1 000 DM	67 618	69 028	60 630	73 481	59 561	72 156	102 793	68 505	98 065
* Zölle	1 000 DM	24 568	10 176	9 226	14 933	4 855	6 857	36 999	3 104	11 518
* Verbrauchsteuern	1 000 DM	39 052	50 732	46 838	54 230	44 892	54 482	60 031	60 144	75 340
* Mineralölsteuer	1 000 DM	3 541	7 803	7 169	7 906	7 489	7 213	6 651	8 908	33 471
* Branntweinmonopol	1 000 DM	14 094	21 886	25 030	24 957	21 509	29 187	32 611	30 425	20 479
* Schaumweinsteuer	1 000 DM	5 136	7 888	5 332	5 483	6 686	5 692	5 816	6 447	6 452
* Landessteuern	1 000 DM	25 951	34 610	28 473	47 420	28 434	28 811	37 797	51 181	31 143
* Vermögensteuer	1 000 DM	5 486	7 760	617	20 153	1 783	2 454	3 851	22 732	2 121
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 282	17 854	19 894	17 563	16 806	19 288	23 428	18 034	19 323
* Biersteuer	1 000 DM	4 670	5 625	4 855	5 678	6 447	4 051	6 031	5 348	5 864
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	171 391	241 065	.	.	208 379	185 906	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	117 256	174 627	.	.	139 797	121 782	.	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	8 458	10 629	.	.	9 434	13 088	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 696	9 685	.	.	11 106	6 741	.	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	22 044	27 820	.	.	29 389	24 911	.	.	.
* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	229 669 ⁶⁾	278 193	255 205	249 883	306 856	294 291	258 449	217 802	333 462
* Einnahmen des Landes	1 000 DM	120 625	172 261	102 862	114 445	245 509	248 179	154 693	187 598	252 596
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	92 733	134 264	72 361	65 204	215 255	168 677	53 948	49 839	161 182
* Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁷⁾	1 000 DM	-	-	-	-	-	50 691	62 948	65 905	57 476
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	-	-	-	-	.	.	20 673	2 793
* Einnahmen der Gemeinden (Gv.)	1 000 DM	171 391	241 065	.	.	208 379	185 906	.	.	.
* Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	-	-	-	-	-	-	.	.

1) Ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschl. aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. - Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 2) Laufzeit bis zu 1 Jahr (bis einschl. 1968 = 6 Monate). - 3) Laufzeit 1 bis 4 Jahre (bis einschl. 1968 = 6 Monate bis 4 Jahre). - 4) Ab 1969 einschl. Landeswohnungsbaufonds. - 5) Einschl. Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ohne aufgenommene Kredite. - 7) Einschl. Umsatzsteuerausgleich zwischen den Ländern.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	185	228	225	.	.	250	.	.	
* Männliche Arbeiter	DM	201	249	244	.	.	273	.	.	
Facharbeiter	DM	213	264	258	.	.	291	.	.	
Angelernte Arbeiter	DM	199	244	240	.	.	264	.	.	
Hilfsarbeiter	DM	169	207	203	.	.	230	.	.	
* Weibliche Arbeiter	DM	123	152	148	.	.	163	.	.	
Bruttostundenverdienste	DM	4,09	5,09	5,01	.	.	5,59	.	.	
* Männliche Arbeiter	DM	4,37	5,42	5,33	.	.	5,96	.	.	
Facharbeiter	DM	4,63	5,76	5,65	.	.	6,33	.	.	
Angelernte Arbeiter	DM	4,29	5,31	5,24	.	.	5,80	.	.	
Hilfsarbeiter	DM	3,73	4,52	4,44	.	.	5,01	.	.	
* Weibliche Arbeiter	DM	2,96	3,67	3,59	.	.	4,03	.	.	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,9	44,7	44,8	.	.	44,7	.	.	
* Männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,7	45,8	.	.	45,8	.	.	
* Weibliche Arbeiter	Std.	41,5	41,3	41,2	.	.	40,5	.	.	
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	41,2	41,1	39,8	.	.	41,5	.	.	
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	42,1	40,7	.	.	42,6	.	.	
* Weibliche Arbeiter	Std.	37,3	37,6	36,5	.	.	37,6	.	.	
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	970	1 234	1 208	.	.	1 339	.	.	
* Männliche Angestellte	DM	876	1 116	1 091	.	.	1 208	.	.	
* Weibliche Angestellte	DM	1 057	1 358	1 330	.	.	1 472	.	.	
Technische Angestellte	DM	674	849	828	.	.	922	.	.	
* Männliche Angestellte	DM	1 140	1 434	1 406	.	.	1 553	.	.	
* Weibliche Angestellte	DM	1 172	1 476	1 446	.	.	1 062	.	.	
im Handel, Kredit- und Versicherungs-	DM	783	983	971	.	.	1 051	.	.	
Angestellte	DM	651	839	823	.	.	939	.	.	
Kaufmännische Angestellte	DM	646	835	819	.	.	934	.	.	
* Männliche Angestellte	DM	852	1 093	1 067	.	.	1 225	.	.	
* Weibliche Angestellte	DM	513	655	646	.	.	734	.	.	
in Industrie und Handel zusammen	DM	817	1 048	1 027	.	.	1 154	.	.	
Kaufmännische Angestellte	DM	742	952	934	.	.	1 051	.	.	
* Männliche Angestellte	DM	952	1 220	1 193	.	.	1 345	.	.	
* Weibliche Angestellte	DM	570	727	713	.	.	805	.	.	
Technische Angestellte	DM	1 124	1 415	1 387	.	.	1 532	.	.	
* Männliche Angestellte	DM	1 156	1 459	1 428	.	.	1 584	.	.	
* Weibliche Angestellte	DM	769	959	953	.	.	1 024	.	.	
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung 1)										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 055	1 094	1 088	1 079	1 088	1 111	1 111	1 110	1 109
Pflichtmitglieder	1 000	671	656	651	651	647	674	672	669	667
Rentner	1 000	241	342	341	333	343	348	348	349	349
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,1	4,9	4,3	4,2	4,9	5,0	4,5	4,8
Männer	%	4,9	5,2	4,8	4,3	4,3	5,0	5,0	4,6	5,0
Frauen	%	4,8	5,1	5,0	4,2	4,1	4,8	4,9	4,4	4,6
Arbeiterrentenversicherung 2)										
Rentenempfänger	Anzahl	307 980	359 232	356 108	359 511	358 349	365 668	363 346	363 689	364 457
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	58 446	92 565	91 426	92 199	92 596	98 715	97 917	98 554	109 868
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 169	8 575	6 265	4 373 ^x	3 963	15 668	6 354	4 302	4 052
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	6 755	7 236	4 552	3 134	2 805	13 745	5 212	3 602	3 436
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	2 507	3 684	3 938	1 682	1 472	8 728	5 161	870	2 507
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	2 400	3 314	3 124	1 305	1 186	8 387	4 542	847	2 203
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	176	164	.	.	164	161	.	.	160
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	26 846	29 050	28 960	29 300	29 248	31 996	33 944	35 244	35 119

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 012	60 842 ^p	60 644	60 709	60 772
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 008	37 215 ^p	35 036	35 653	52 591	25 159	35 664	38 966	45 472
Lebendgeborene 2)	Anzahl	86 998	75 288 ^p	83 338	79 619	80 038	66 322	73 368	73 751	69 361
Gestorbene 3)	Anzahl	56 445	62 030 ^p	68 225	61 206	58 456	58 623	63 113	58 961	57 649
Geburtenüberschuß	Anzahl	30 552	13 258 ^p	15 113	18 413	21 582	7 699	10 255	14 790	11 712
Arbeitslose	1 000	147	179	243	155	123	264	198	121	103
Männer	1 000	106	125	182	100	77	199	140	68	55
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	17 723	19 323	19 120	.	.	.	19 627	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	234	280	285	273	277	259	296	298	282
Milcherzeugung	1 000 t	1 765	1 846	1 988	2 052	2 223	1 674	1 997	2 045	2 190
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 460	8 308	8 196	8 220	8 228	8 532	8 563	8 576	8 568
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 055	996	993	995	979	994	1 032	1 083	975
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	31 218	39 211	37 981	37 870	37 716	39 503	43 112	45 585	40 700
Auslandumsatz	Mill. DM	4 903	7 747	7 835	7 799	7 722	7 743	8 588	8 958	7 845
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	118	148	144	150	154	151	159	159	173
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	149	146	151	154	155	161	160	173
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	118	148	144	150	154	152	159	158	172
Energiewirtschaft	1962 = 100	126	175	185	171	158	213	208	195	185
Bergbau	1962 = 100	100	97	99	97	96	104	104	101	100
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	119	152	147	153	158	155	163	162	175 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüter	1962 = 100	125	170	163	171	175	171	176	182	193
Investitionsgüter	1962 = 100	118	147	143	149	155	156	166	163	182
Verbrauchsgüter	1962 = 100	116	144	146	150	150	147	155	151	164
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	115	134	125	132	138	126	134	132	149
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	119	128	98	143	160	69	102	139	170 ^p
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	11 256	9 302	9 922	9 359	8 759	9 189	9 303	9 977	7 841
Braunkohlenförderung (brutto)	1 000 t	8 492	8 952	9 264	8 398	8 369	8 303	8 830	8 844	8 935
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 249	2 814	2 855	2 640	2 768	2 742	2 911	2 944	2 827
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 014	3 714	3 876	3 514	3 582	3 690	3 825	3 970	3 682
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 070	2 687	2 756	2 554	2 536	2 737	2 781	3 004	2 559
Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	13 003	18 837	19 939	17 956	16 965	20 284	21 433	20 559	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm ³	4 980	6 147	6 208	5 746	5 845	6 945	7 291	6 758	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 643	1 505	1 459	1 514	1 533	1 406	1 463	1 523	1 544
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	233	203	166	224	234	109	156	228	224
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	3 698	3 563	2 273	2 570	2 923	2 399	2 607	3 188	3 404
Baugenehmigungen Wohnungen	Anzahl	51 898	46 653	44 684	47 639	48 805	40 291	45 880
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	124	152	145	148	152
Großhandel										
Umsatz	1962 = 100	122	145	139	144	144	141	156	171 ^r	153
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	116	129	115	123	140
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	5 871	8 167	8 218	8 313	8 097	8 109	9 058	9 645	8 607
Ausfuhr	Mill. DM	5 971	9 463	9 813	9 624	9 528	9 417	10 557	10 757	9 706
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	100	1 296	1 595	1 311	1 432	1 308	1 499	1 112	1 099

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1969				1970			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	103	118	117	115	111	122	120
Binnenschifffahrt	1962 = 100	113	136	134	147	150	93	133
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1962 = 100	122	146	141	147	148	152	154
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	93	85	87	85	82	92	92
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1962 = 100	95	89	88	87	88	100	91	96	...
Geld und Kredit										
(Stand am Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	29 652	34 689	32 580	32 832	33 193	34 123	34 058	34 997	35 168 ^P
Kredite und Einlagen 2)										
Kredite an Nichtbanken 3)	Mill. DM	316 728	491 247	440 954	444 858	446 334	497 347	500 443	503 391	507 716 ^P
Kurzfristige Kredite	Mill. DM	71 093	108 203	95 352	95 920	94 960	109 040	109 525	109 873	111 709 ^P
Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	245 635	383 044	345 602	348 938	351 374	388 307	390 918	393 518	396 007 ^P
Durchlaufende Kredite	Mill. DM	26 007	34 099	33 003	33 156	33 276	34 449	34 483	34 720	34 872 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken										
Sicht- und Termingelder	Mill. DM	258 110	405 917	367 940	371 249	380 800	404 330	402 878	405 971	411 402 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	123 539	181 369	160 463	162 374	170 597	176 043	174 216	176 602	179 459 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	109,0	144,4	137,6	137,5	143,4	145,2	143,1	143,0	129,7
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	3 421	4 721	7 084	2 393	2 247	2 713	7 446	2 714	2 744
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 018	3 063	2 642	2 873	3 017	3 158	2 634	2 774	3 088
Bundessteuern	Mill. DM	1 630	2 171	2 096	1 830	2 103	1 948	2 296	2 142	2 148
Landessteuern	Mill. DM	546	720	540	572	1 042	1 012	584	694	1 081
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63=100	107,2	102,6	107,3	106,9	104,5	106,4	106,6 ^P	105,4 ^P	104,0 ^P
Index der Einkaufspreise landw. Betriebsmittel 4) 5)	1962/63=100	104,4	102,4	103,7	103,5	103,7	106,1	106,9	108,0 ^r	108,1
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	104,0	101,5	100,2	100,4	100,6	106,3	106,6	106,8	106,8
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	114,6	127,2	.	.	125,7	140,8	.	.	147,4
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	97,5	100,5	.	.	99,8	110,3	.	.	116,2
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938 = 100	215,8	236,3	234,9	235,6	236,2	242,6	243,6	244,2	244,6
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1958 = 100	117,5	128,7	127,9	128,4	128,7	132,1	132,7	133,0	133,2
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1962 = 100	109,0	119,3	118,6	119,0	119,3	122,5	123,0	123,3	123,5
Preisindex für die Lebenshaltung 9)	1962 = 100	108,7	119,5	118,9	119,1	119,3	122,8	123,3	123,6	123,8
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	108,8	114,1	113,5	114,2	114,7	116,9	117,4	117,8	118,0
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	105,8	111,3	110,8	110,9	110,9	114,1	114,6	114,9	115,2
Wohnungsmiete	1962 = 100	117,8	156,6	154,7	155,8	156,2	160,7	161,4	162,1	162,5
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	107,1	118,7	118,7	115,5	114,9	125,6	125,4	124,2	123,7
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	104,8	109,1	109,7	108,8	108,8	113,2	113,6	114,0	113,6
Waren und Dienstleistungen für										
Verkehr u. Nachrichtenübermittlg.	1962 = 100	105,2	115,3	115,4	115,5	115,4	116,7	117,0	117,2	117,4
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	112,3	133,3	132,3	132,4	132,9	138,5	139,3	139,9	140,3
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	110,2	123,1	122,2	122,4	122,6	127,4	128,1	128,8	128,9
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	106,0	116,4	115,4	115,6	115,6	120,3	120,3	120,5	120,6
Löhne										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	126,8	157,2	.	154,9
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	127,3	161,7	.	159,1
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	127,8	159,3	.	156,7
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	128,2	163,5	.	160,4
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	99,4	98,6	.	98,8
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	99,2	98,7	.	98,9

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute. - 2) Ohne Zentralbanksystem. Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 3) Einschl. Wertpapiere, Ausgleichs- und Deckungsforderungen. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baubeneleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. - 9) Alle privaten Haushalte.

Inhalt dieses Jahrgangs

Themen der bisherigen Hefte

Heft 1/Januar

Ernte 1969
Landwirtschaftliche Betriebsgrößen 1969
Bevölkerungsbewegung 1968
Sozialhilfeempfänger 1968
Tuberkulose 1968

Heft 2/Februar

Bauwirtschaft in den neuen Kreisen
Landwirtschaft in den neuen Kreisen
Wein, Obst und Gemüse 1969
Nutztviehhaltung 1969
Meldepflichtige Krankheiten 1969

Heft 3/März

Öffentlich Bedienstete 1969
Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1969
Investitionen 1968
Bauwirtschaft 1968
Binnenschifffahrt 1965 bis 1969

Heft 4/April

Steuereinnahmen 1969
Industrie 1969
Leistungskraft der neuen Kreise
Erwerbstätigkeit 1969
Ausfuhr 1969

Heft 5/Mai

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970
Sozialprodukt 1969
Gebäude und Wohnungen 1968
Handwerk in den neuen Kreisen 1962 bis 1969
Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1969
Milch, Fleisch und Eier 1969

Heft 6/Juni

Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte 1969
Sozialhilfe 1969
Öffentlich Bedienstete 1969
Gebäude, Wohnungen und Wohnparteien 1968
Personenverkehr 1969
Straßenverkehrsunfälle 1969

Heft 7/Juli

Volksschulen 1969/70
Kriegsopferfürsorge 1969
Einzelhandel 1969
Schlacht tier- und Fleischbeschau 1969
Milchkuhhaltung 1969

Themen der folgenden Hefte

Volkshochschulen 1969

Wanderungen 1969

Industrie Rheinland-Pfalz/Bund 1969

Struktur des Großhandels 1968

Baulandmarkt 1969

Vermögensformen privater Haushalte

Gebäude und Wohnungen 1968

Wohngeld 1969

Kurz und aktuell (Fortsetzung)

Handel und Gastgewerbe 1968

Am 30. September 1968 waren, nach den ersten vorläufigen Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählung, 36 800 Unternehmen überwiegend im Handel tätig, davon 69,8% im Einzelhandel, 17,5% im Großhandel und 12,7% im Handelsvermittlungs-Gewerbe. Die Gesamtzahl der Beschäftigten, die sich auf 169 300 belief, verteilte sich auf die genannten Branchen zu 61,5%, 32,8% und 5,7%. Den höchsten Anteil am Gesamtumsatz des Jahres 1967 erzielten die Unternehmen des Großhandels (7,8 Mrd. DM). Es folgten der Einzelhandel mit 6,1 Mrd. DM und die Handelsvermittlung mit 0,2 Mrd. DM.

Im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe waren am 31. August 1968 rund 13 200 Unternehmen mit 43 200 Beschäftigten tätig. Ihr Gesamtumsatz 1967 belief sich auf nahezu 1 Mrd. DM.

Mieten 1968

Zum 25. Oktober 1968 wurde für Mietwohnungen eine durchschnittliche Quadratmetermiete von 2,12 DM ermittelt. Nach dem Baualter differiert dieser Betrag zwischen 1,71 DM für Altbauwohnungen, die bis 1918 errichtet wurden, und 2,60 DM für freifinanzierte Neubauwohnungen aus der Zeit nach 1948.

Für Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung liegt der durchschnittliche Mietzins je Quadratmeter bei 2,79 DM, für freifinanzierte Neubauwohnungen mit Baujahr 1949 oder später bei 3,00 DM. Bei den gebundenen Kostenmieten im sozialen Wohnungsbau ergaben sich Durchschnittsmieten je Quadratmeter von 2,27 DM (1949 bis 1957) und 2,59 DM (1958 oder später).

Grundbesitz privater Haushalte 1970

Anfang 1970 verfügten etwa 87% der Landwirte, 74% der Selbständigen und freiberuflich Tätigen, 57% der Arbeiter, 56% der Nichterwerbstätigen, 54% der Beamten und 48% der Angestellten über Haus- und Grundbesitz. Von diesen Haushalten waren - in der eben beschriebenen Reihenfolge - noch 48, 58, 54, 34, 65 und 60% mit einer Kredittilgung belastet. Haushalte mit einem Bruttomonatseinkommen bis 1 200 DM waren in den einzelnen sozialen Gruppen zu 44 bis 49% Haus- und Grundbesitzer, solche mit 1 800 und mehr DM zu 60%. Die Anteile der Haushalte mit Kreditbelastung weisen mit steigendem Einkommen immer höhere Werte auf (von 11 bis 60%). Großhaushalte mit fünf und mehr Personen hatten verhältnismäßig am häufigsten Haus- und Grundbesitz (73%), am niedrigsten lagen die Einpersonenhaushalte (37%). Bei den Großhaushalten war auch der Anteil der kreditbelasteten Haushalte am höchsten (64%).

AUSZUG AUS DEN

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170	Bevölkerungsentwicklung 1951 - 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963 - 1965
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961
Statistische Berichte: 10 Reihen	

Unterricht und Bildung, Rechtspflege

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65
Statistische Berichte: 4 Reihen	

Wahlen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965
" .., 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" .., 24, 46, 87, 142	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955
Statistische Berichte: 3 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)	

Landwirtschaft

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 82, 92, 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 104, 133, 140, 149, 159, 168, 185	1963, 1964, 1965, 1966, 1967
Statistische Berichte: 19 Reihen	

Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.

noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963

Statistische Berichte: 15 Reihen

Bau- und Wohnungswesen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98,	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960,
" 107, 134, 144, 151, 161, 176, 187	1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 158, 174, 183	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967

Statistische Berichte: 6 Reihen

Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 127, 145, 153, 166, 180, 189	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967

Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM-Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
" 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
" 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157, 178	1961, 1962, 1964, 1966
" 101	Gewerbesteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

Preise, Löhne und Gehälter

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147	Gehalts- und Lohnstrukturhebungen 1951/53, 1962
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967

Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957

Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966

Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.